

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Juni 2017

GESUNDHEIT

Softdrink-Hersteller
verweigern sich in Mexikos
Kampf gegen Diabetes

USA

Was Donald Trump
über Entwicklungs-
politik lernen sollte

SDGs

Die Weltgemeinschaft
muss als lernendes
System agieren



Wasser

Monitor

Chancen und Infrastruktur im ländlichen Raum in Afrika verbessern |
Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung | Thinktanks beraten G20
| Herausforderungen für Flucht- und Migrationspolitik | Repression nach dem
Verfassungsreferendum in der Türkei | Heutzutage: Filmprojekt zeigt Brasiliens
kulturelle Vielfalt | Impressum **4**

Debatte

Kommentare über die wachsende Bedeutung philanthropischer Stiftungen
und Mosambiks interne Probleme **12**

Tribüne

SONJA PETERANDERL

Softdrink-Hersteller bekämpfen politische Strategien gegen überhöhten
Zuckerkonsum in Mexiko **14**

INTERVIEW MIT SCOTT MORRIS

Weshalb die Haushaltspläne von US-Präsident Trump Besorgnis erregen **16**

LAN XUE, LINGFEI WENG UND HANZHI YU

Die schwierige Umsetzung der SDG-Agenda **18**

Schwerpunkt: Wasser

DAMILOLA OYEDELE

Die Folgen des Klimawandels in der Tschadsee-Region **21**

BELAY BEGASHAW

Ostafrikas Agrarpolitik muss auf Verfügbarkeit von Wasser abzielen **23**

DANIEL NORDMANN UND TILL BELOW

Im Wassermanagement ist Anpassung an die Folgen des Klimawandels
besonders wichtig **24**

INTERVIEW MIT IBRAHIM AWOL

Zugang zu sauberem Wasser als Voraussetzung für Krankheitsbekämpfung **28**

RAPHAEL MWENINGUWE

Fehlender Zugang zu Trinkwasser in Malawi **31**

MOUTAZ ALI

Das größte Bewässerungsprojekt der Welt in Libyen **34**

ANKE PEINE UND CHRISTIAN GRÜNHAGEN

Im konfliktgeplagten Südsudan ist der Aufbau von Wasserversorgungsstrukturen
eine große Herausforderung **36**

INTERVIEW MIT CHRISTOPH LÜBBERT

Multiresistente Keime in Industrieabwässern von Pharmafirmen
im indischen Hyderabad **38**

Wasser

Schwindender See

Aufgrund des Klimawandels und durch Über-
nutzung der Wasserressourcen schrumpft der
Tschadsee. Die Folgen für Nigeria sind verhee-
rend, wie die Journalistin Damilola Oyedele
beschreibt. **SEITE 21**

Nach uns die Sintflut?

Die Erderwärmung verändert die Verdunstung
in den Ozeanen und die Häufigkeit und Intensi-
tät von Regenfällen. Die Folge sind Extrem-
ereignisse. Vielerorts ist entweder zu viel oder zu
wenig Wasser verfügbar. Anpassung tut daher
not, schreiben Daniel Nordmann und Till Below
von der GIZ. **SEITE 24**

„Jeder Bauer braucht ein gutes Klo“

Der Zugang zu Trinkwasser und Sanitäreinrich-
tungen gehört zu den Sustainable Development
Goals (SDGs). Äthiopien und Malawi sind jedoch
noch weit davon entfernt, es zu erreichen, wie
das Interview mit Ibrahim Awol, stellvertre-
tender Leiter der Gesundheitsbehörde eines
Distrikts in Äthiopien, und der Beitrag des
malawischen Journalisten Raphael Mweninguwe
zeigen. **SEITEN 28, 31**

Trinkwasser aus der Wüste

Das weltweit größte Reservoir fossilen Süßwas-
sers liegt unter der libyschen Wüste. Mittels
eines riesigen Pipelinesystems versorgt es das
Land mit Trinkwasser und mit Wasser für die
Landwirtschaft. Der Journalist Moutaz Ali
beschreibt das Mammutprojekt. **SEITE 34**

Langfristiger Strukturaufbau

Der Bürgerkrieg im Südsudan hat große Teile der
Infrastruktur zerstört. Die GIZ bemüht sich dort
um bessere Trinkwasserversorgung und einen
langfristigen Strukturaufbau im Bereich Wasser
und Good Governance. Anke Peine und Chris-
tian Grünhagen, die die entsprechenden Pro-
gramme leiten, erläutern die Situation. **SEITE 36**

Globale Gefahr

Im indischen Hyderabad, einem Zentrum der
Pharmaproduktion, haben deutsche Wissen-
schaftler und Journalisten multiresistente Erre-
ger in Industrieabwässern gefunden. Welche
Gefahren davon ausgehen, erklärt der Infekti-
onsmediziner Christoph Lübbert, der bei den
Recherchen dabei war, im Interview. **SEITE 38**

Wasserwende

Es könnte grundlegender nicht sein: Ohne Wasser gibt es kein Leben. Der Mensch stirbt schon nach wenigen Tagen, wenn er nicht trinkt. Wasser ist das auf der Erde am häufigsten vorkommende Element und das wichtigste Lebensmittel. Doch obwohl rund drei Viertel der Erdoberfläche von Wasser bedeckt sind, haben hunderte Millionen Menschen nicht genug oder kein sauberes Trinkwasser. Nicht alle sterben deshalb. Aber viele leiden: Durch Wassermangel werden wichtige Funktionen des Körpers eingeschränkt.

Wer nur wenig Wasser zur Verfügung hat, der benutzt es zum Trinken oder Kochen. Dinge wie Körperpflege, Wäschewaschen, Geschirrspülen bleiben auf der Strecke. Wo kein Wasser ist, gibt es auch keine vernünftige Sanitärversorgung. Bakterien florieren, Krankheiten haben leichtes Spiel. Zu Recht ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung seit 2010 ein Menschenrecht, auch dank der Millennium Development Goals (MDGs), mit denen die Weltgemeinschaft dieses Thema in den Fokus gerückt hat.

Doch damit nicht genug. Auch Tiere und Pflanzen sind auf Wasser angewiesen. Wenn eine Familie in einer Dürre mit ihrem Viehbestand ihr größtes Kapital verliert oder die Ernte des gesamten Jahres, ist das existenzbedrohend. Umgekehrt ist, wer bewässern kann, stark im Vorteil. Wasser schenkt nicht nur Leben, sondern auch Wohlstand.

Kein Wunder, dass um diese wertvolle Ressource seit jeher Konflikte toben – und in der Zukunft vermutlich umso mehr. Es heißt, Wasser sei das neue Öl: knapp, begehrt, lukrativ. Vor dem Hintergrund der wachsenden Weltbevölkerung und des Klimawandels wird die Verteilungsfrage in vielen Regionen drängender – der Streit nimmt zu. Reich gegen Arm, Industrie gegen Landwirtschaft, kommerzielle Interessen gegen Gemeingut. Die fortschreitende Privatisierung von Wasser ist eine besonders gefährliche Entwicklung.

An Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, an gerechterer Verteilung, an einem nachhaltigen Umgang mit Wasser führt kein Weg vorbei. Das Problem ist von globaler Bedeutung. Es betrifft auch Menschen, die in wasserreichen Gegenden leben, denn diese beuten auch Ressourcen in Ländern mit Wasserproblemen aus. Der externe Wasserfußabdruck, also der Verbrauch von Wasser aus anderen Ländern, ist beispielsweise in Deutschland größer als der interne Wasserfußabdruck, also die Nutzung heimischer Vorkommen.

In der Landwirtschaft wird das meiste Wasser verbraucht, vor allem in der industriellen. Die Fleischproduktion schluckt besonders viel, aber auch beliebte „Dritte-Welt-Produkte“ wie Baumwolle, Palmöl, Kaffee und Kakao. Unbedachter Konsum heizt Konflikte im Gazastreifen an, lässt den Aralsee versalzen und zerstört das ökologische Gleichgewicht ganzer Regenwälder.

Um der globalen Verantwortung gerecht zu werden, hilft es auch, UN-Forderungen zu beherzigen. Dazu gehören Subventionen für effiziente Bewässerungsmethoden und extensive Landwirtschaft. Weniger Atom- und Kohlekraftwerke, da sie viel Wasser zum Kühlen brauchen, dafür mehr Investitionen in erneuerbare Energien. Weniger Pestizide und andere Chemikalien, die das Grundwasser verseuchen. Mehr Kläranlagen, da Abwässer – auch aus der Industrie – größtenteils unbehandelt im Meer landen. Schutz der vorhandenen Grundwasserreserven. Was die Welt braucht, ist, kurz gesagt, eine Wasserwende.

► **Im Dossier auf unserer Website finden Sie alle Essays aus diesem Schwerpunkt sowie weitere verwandte Beiträge:**
www.dandc.eu/node/3051



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Debatte



„Kleiner Krieg“ bald zu Ende?

In Mosambik haben Präsident Filipe Nyusi und Oppositionschef Afonso Dhlakama eine Grundsatzvereinbarung in den strittigen Fragen erzielt, die 2013 zu einem neuen „kleinen Krieg“ geführt hatten. Ein Ende des Konflikts scheint in Sicht, schreiben der Leiter der Deutschen Auslandshandelskammer in Maputo, Friedrich Kaufmann, und der Sozialökonom Winfried Borowczak.

SEITE 13

Tribüne



Zuckerschlacht in Mexiko

Mit einer Softdrink-Steuer, die Pioniercharakter hat, kämpft Mexiko gegen Fettleibigkeit und Diabetes. Doch die Industrielobby schlägt zurück – sogar mit Spionagesoftware. Die Journalistin Sonja Peteranderl beschreibt die Lage.

SEITE 14

Aufgeklärtes Eigeninteresse

US-Präsident Donald Trump scheint keine Notwendigkeit für staatliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) zu erkennen, wie seine Pläne für den Staatshaushalt 2018 zeigen. Scott Morris von der Denkfabrik Center for Global Development erklärt im Interview, was Trumps Pläne für die USA und die Welt bedeuten.

SEITE 16

GLOBALISIERUNG

Wandel im ländlichen Raum

Um Hunger und Armut ein Ende zu setzen, müssen Chancen und Infrastruktur in Agrarregionen besser werden. Unternehmertum und die Schaffung von Arbeitsplätzen hängen von den richtigen Rahmenbedingungen ab.

Von Ellen Thalman

Aus Sicht des Präsidenten der Afrikanischen Entwicklungsbank (African Development Bank – AfDB), Akinwumi Adesina, droht dem Kontinent ein „Katastrophendreieck“: Armut, Jugendarbeitslosigkeit und Klimawandel sind die Eckpunkte. Sie machen junge Menschen für extremistische Agitation empfänglich und lassen manche sogar zu Terroristen werden. Adesina hätte gern so etwas wie einen Index der Armutsbeseitigung (poverty eradication index), um Entscheidungssträgern an den Zielen zu messen, die sie sich selbst gesetzt haben.

Die Kernaufgabe ist, jungen Leuten Chancen zu verschaffen – und zwar besonders im ländlichen Raum. In Afrika kommen bis 2030 rund 440 Millionen Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, auf dem bereits Konkurrenz herrscht. Es gibt nicht genug Jobs. Gut bezahlte Beschäftigung ist selbst in den schnell wachsenden Städten kaum zu finden – und auf dem Land, wo noch immer die meisten Afrikaner leben, ist die Lage noch schlimmer. Wachsende Bevölkerung bedeutet aber auch steigende

Lebensmittelnachfrage – und Agrarregionen könnten von der Belieferung der Städte profitieren.

Die Masse der Kleinbauern ringt um ihr Dasein, und viele stecken in der Subsistenzlandwirtschaft fest. Zugleich sind manche Agrarunternehmer sehr erfolgreich – wie zum Beispiel Noi Paulina Selepe. Sie ist ausgebildete Lehrerin, hat aber eine Hühnerzucht aufgebaut. In wenigen Jahren ist ihre Produktion auf mehrere tausend Vögel im Monat angewachsen. Ihr Erfolg beruht darauf, dass sie sich mit anderen zusammengeschlossen hat, um Hotels und Supermärkte in ihrer Region zu beliefern.

Mittlerweile vertritt sie als Generalsekretärin der National Lesotho Farmers Union 36.000 Landwirte. „Mein Traum ist, das Leben anderer Menschen zu verändern“, sagt sie. Sie sieht gute Chancen für junge Leute, die clever in Agrarproduktion investieren, und rät zur Nutzung moderner technischer Möglichkeiten.

Unternehmertum ist wichtig, sagt auch Nobelpreisträger Muhammad Yunus. Der Gründer der weltbekannten Mikrofinanzinstitution Grameen Bank in Bangladesch betonte Ende April auf einer Konferenz in Berlin, Menschen seien Unternehmer. Die Tagung „EINEWELT ohne Hunger ist möglich“ wurde im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veran-

staltet. Viele Millionen junger Afrikaner können laut Yunus eigene Betriebe starten und verdienen dabei Unterstützung.

Tony Elumelu, einer der erfolgreichsten Unternehmer Nigerias, sieht die Dinge in einem ähnlichen Licht. Er hat 2010 eine Stiftung mit dem Ziel gegründet, innerhalb eines Jahrzehnts 100 Millionen Dollar in Start-ups zu stecken. Die Stiftung stellt Startkapital bereit und bietet Bewerbern auch Coaching an. Elumelu sagt, Afrikaner müssten Führungsrollen übernehmen.

Unternehmer brauchen aber auch ein geeignetes Umfeld. Mo Ibrahim, der sudanesisch-britische Unternehmer und Philanthrop, nennt in diesem Zusammenhang solide Regierungsführung, Menschenrechte, Schutz vor Diskriminierung und zuverlässige Infrastruktur. „Wie wollen Sie ein Unternehmen führen, wenn es keinen elektrischen Strom gibt?“ fragt er rhetorisch.

Seit viel zu langer Zeit stützen sich afrikanische Volkswirtschaften vor allem auf den Export von Rohstoffen. Die Erlöse aus Bergbau, Öl- und Gasförderung wurden nicht zur Diversifizierung genutzt. Nun verdient die ländliche Entwicklung endlich mehr Aufmerksamkeit. Ibrahim sagt, niemand wolle an Orten „ohne Licht, ohne Breitband, ohne gute Schulen und ohne gute Gesundheitseinrichtungen“ leben.

Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten eine „Charta von Berlin“ (siehe Kasten, S.5). Sie ruft die G20-Regierungen dazu auf, transformativen Wandel zu fördern. Als wichtige Mittel dafür nennt sie Investitionen in den Ausbau von Infrastruktur und Dienstleistungen sowie großangelegte, aktive Arbeitsmarktpolitik. Das Ziel ist, bis 2025 mindestens 600 Millionen Menschen vom Hunger zu befreien.

Beschäftigung zu schaffen und die Perspektiven junger Menschen in Agrarregionen zu verbessern, gehört zu den Zielen, welche die Bundesregierung bei ihrer aktuellen G20-Präsidentschaft verfolgt. Aus Sicht von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller hängt die Zukunft der Menschheit vom ländlichen Raum ab. Die Beendigung von Hunger und Armut sei möglich, und die Landflucht könne gestoppt werden. Innovationen und neuer Schwung in Agrarregionen könne auch die Welternährung sicherstellen. Um Globalisierung fair zu gestalten, müsse die internationale Politik jedoch gewährleisten, dass der ländliche Raum nicht vernachlässigt wird.



Frisches Gemüse für Städter – damit lässt sich Geld verdienen, zum Beispiel in Nairobi.

Konkrete Ziele

Regierungen sollen in der Agrar-, Ernährungs- und Armutsbekämpfungspolitik Strategien verfolgen, um bis 2025 mindestens 600 Millionen Menschen aus Hunger und Unterernährung zu befreien und die Jugendarbeitslosigkeit zu halbieren. Das fordert die Charta von Berlin, die sich insbesondere an die G20 und die UN wendet.

Dem Dokument zufolge sind „bedeutsame, quantifizierte und zeitlich definierte“ Maßgaben für die Beschäftigungspolitik in Agrarregionen nötig. Folgende Prioritäten werden benannt:

- Beendigung der aktuellen Ernährungskrise in Ostafrika und anderswo,
- stärkere Agrarförderung in Regionen, die von Dürren und anderen Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind,
- Verbesserung der Bildungs- und Berufsbildungschancen junger Menschen und
- besserer Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnik.

Die Charta gehört zur Vorbereitung der deutschen G20-Präsidentschaft und entspricht den Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) der UN.

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, müssen die Akteure mit den Zielgruppen, die sie unterstützen wollen, zusammen arbeiten. Besondere Aufmerksamkeit verdienen der Charta zufolge Frauen und Jugendliche, die in ländlichen Gegenden von Entwicklungs-



Blumenfarm in Kenia – ländliche Unternehmen können in globale Lieferketten eingebunden werden.

ländern meist kaum Gehör finden. Junge Menschen sollten bei Unternehmensgründungen beispielsweise in der Landwirtschaft unterstützt werden.

Wie die Charta ausführt, spielen kleine Höfe und Fischereibetriebe eine wichtige Rolle – unter anderem, weil sie über örtliches Wissen verfügen. Wenn Innovationen von den Dörfern ausgehen sollen, müssten lokale Akteure und Kommunalverwaltungen mehr Einfluss bekommen. Organisationen von Jugendlichen, Frauen und Bauern sowie die Zivilgesellschaft generell müssten ermutigt werden, Behörden auf die Finger zu schauen. Allzu oft werden sie davon noch abgehalten.

Da viele Menschen vom Land abwandern und neue Chancen in den Städten su-

chen, muss ländliche Entwicklung im Zusammenhang mit der urbanen Entwicklung gesehen werden. Die Charta hält fest, dass Städte dazu beitragen können, regionale Ungleichheit zu reduzieren und wichtige Verbindungspunkte darzustellen. Sinnvoll seien Investitionen in die Infrastruktur und Anreize, damit Kleinbauern an Märkte angebunden werden. Zugleich verdienten alle Menschen, die sich nicht selbst versorgen könnten, Schutz. Ihre Menschenrechte auf Nahrung, Wasser und Sanitärversorgung müssten gewährleistet werden.

Um ländliche Armut langfristig zu bekämpfen, sind privatwirtschaftliche Investitionen besonders wichtig. Sozial verantwortliche Unternehmen müssten im ländlichen Raum

Dienstleistungen bereitstellen und Jugendlichen Arbeit geben, heißt es. Relevant seien der Zugang zu Finanzdienstleistungen, verbindliche Verträge und gerechte Bezahlung. Zudem fordert die Charta die Beachtung ökologischer Folgen. Innovative Finanzdienstleistungen seien wichtig. Genannt werden dabei zum Beispiel Mikrorisikokapital und Ausfallbürgschaften.

LINK

Charta von Berlin (englisch):
http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/ernaehrung/170427_Berlin-Charter-en-final.pdf

ODA

Entwicklungspolitik als Querschnittsthema

Entwicklungspolitik spielt in Deutschland eine immer größere Rolle. Die Bundesregierung misst ihr mehr Bedeutung bei, und auch die Aufmerksamkeit in Medien und Öffentlichkeit ist gestiegen. Das liegt unter anderem an der Flüchtlingskrise und der Rolle, die der staatlichen Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) bei ihrer Bewältigung zugeschrieben wird.

Von Katja Dombrowski

Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) ist in diesem Jahr mit € 8,5 Milliarden auf einem historischen Höchststand. Er ist um rund ein Drittel größer als zu Beginn der Legislaturperiode. Die ODA-Leistungen der gesamten Bundesregierung werden noch einmal deutlich höher sein: Sie lagen 2015 bereits bei rund dem doppelten Betrag (€ 16,2 Milliarden), und auch hier ist die Tendenz steigend.

Deutschland ist weltweit der zweitgrößte Geber von Entwicklungshilfe hinter den USA und hat es mit der Aufstockung der Gelder 2016 erstmals geschafft, seine

internationale Verpflichtung zu erfüllen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auszugeben. Kritiker weisen darauf hin, dass dieser Wert nur erreicht wurde, weil Ausgaben für Flüchtlinge innerhalb Deutschlands eingerechnet wurden. Sonst läge die ODA-Quote bei 0,52 Prozent.

Ziel von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller ist es, das 0,7-Prozent-Ziel in der nächsten Legislaturperiode auch ohne die Flüchtlingsausgaben im Inland zu erreichen. Die Rolle der Entwicklungshilfe bei der Bekämpfung von Fluchtursachen muss seiner Meinung nach wachsen: „Es wären Hunderttausende mehr nach Deutschland gekommen, wenn sie nicht die Hand der deutschen Entwicklungshilfe vor Ort erreicht bekommen hätten. Diese Hilfe muss verstärkt werden“, sagte Müller bei der Vorstellung des 15. Entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung Ende April vor dem Bundestag in Berlin.

Der alle vier Jahre erscheinende Bericht zeigt die entwicklungspolitische Arbeit der Bundesregierung auf und stellt ein Programm für die Zukunft auf. Müller

nennt die wachsende Erdbevölkerung und den Klimawandel als Beispiele für globale Herausforderungen, auf die Entwicklungspolitik reagieren müsse. Ein besonderes Anliegen ist ihm die gerechte Gestaltung von Globalisierung, wofür Entwicklungspolitik der Schlüssel sei. „Globale Märkte brauchen Regeln. Das möchte ich über die dreieinhalb Jahre meiner Amtszeit schreiben.“

Müller nennt drei neue Schwerpunkte, die das BMZ unter seiner Leitung gesetzt habe: ländliche Entwicklung, Bildung – vor allem berufliche Ausbildung – und Gesundheit. Beispielsweise wurden 14 sogenannte Grüne Innovationszentren aufgebaut und damit laut dem Entwicklungspolitischen Bericht die wirtschaftliche Situation von 800 000 kleinbäuerlichen Betrieben verbessert. Mit dem Pilotprojekt „Unternehmerische Universitäten in Afrika“ verstärkte das BMZ sein Engagement für Berufs- und Praxisorientierung in der tertiären Bildung weiter. Und die Erfahrungen mit der Ebola-Epidemie 2014 mündeten in einen Sechs-Punkte-Plan der Bundesregierung zur verbesserten Krisenreaktion.

Der Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit „ist und bleibt Afrika“, heißt es im Bericht. Das kommt unter anderem in der „Partnerschaft mit Afrika“ zum Ausdruck, die die Bundesregierung im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft vorantreibt, sowie im „Marshallplan mit Afrika“, den Müller auf den Weg gebracht hat (s. E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S. 6 und 2017/05, S. 20). Die Zusammenarbeit soll im Dialog weiterentwickelt werden. Im Vorwort des Berichts schreibt der Minister: „Die afrikanischen Länder müssen ebenso wie unsere anderen Partnerländer mehr Eigenverantwortung übernehmen und ihren Weg in die Zukunft selber bestimmen.“

Generell müsse Entwicklungspolitik „in ganz neuen Dimensionen“ gedacht werden: „Nachhaltige Entwicklung ist Aufgabe aller Politikfelder – von der Wirtschafts- und Handelspolitik über die Umwelt- und Agrarpolitik bis zur Außen- und Sicherheitspolitik“, betont Müller. Folglich gehöre sein Ministerium nicht an den Rand, sondern „in die Mitte des Kabinetts“. Zudem will er private Investitionen stärker fördern und wünscht sich, dass die EU eine „wesentlich stärkere Rolle“ übernimmt.



Die Bedeutung der Entwicklungspolitik hat auch aufgrund der Flüchtlingskrise zugenommen. Diese Frau wurde auf dem Mittelmeer gerettet und kommt in Italien an.

GIPFELPOLITIK

Kontinuität fördern



Gesundheit und Armutsbekämpfung stehen auf der Agenda: Patientin in einem Krankenhaus in Bangladesch.

Die Entscheidungsträger der G20 stehen unter Rechtfertigungsdruck. Es wird zunehmend in Frage gestellt, ob dieses informelle Forum der wichtigsten Volkswirtschaften effektiv zur Lösung gesellschaftlicher Probleme wie der wachsenden Ungleichheit beitragen kann. Die T20 – eine Gruppe von Thinktanks aus den Mitgliedsländern – bieten Rat.

Von Axel Berger

Die G20 haben ihre Agenda über den wirtschafts- und finanzpolitischen Kern hinaus auf Themen wie Beschäftigung, Klima-

schutz und Entwicklung ausgeweitet. Unter deutschem Vorsitz stehen zudem auch Migration und Flucht, Gesundheit und die Zusammenarbeit mit Afrika zur Diskussion.

Der Gipfel wird nicht leicht werden. Es ist mit massiven Protesten von Bürgern zu rechnen. Und auch bei den Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs muss die Bundesregierung voraussichtlich Krisenmanagement betreiben. US-Präsident Donald Trump stellt Grundpositionen der G20 – etwa gegen Handelsprotektionismus und für Klimaschutz – in Frage. Solche Konflikte können die Handlungsfähigkeit der G20 behindern und deren Legitimität untergraben.

Vor diesem Hintergrund stehen auch die Thinktanks der G20-Länder vor neuen Herausforderungen. Sie sind aufgerufen, Lösungsvorschläge für globale Probleme zu erarbeiten. Hierfür arbeiten sie zunehmend in Netzwerken, die Wissen aus unterschiedlichen Disziplinen und Ländern bündeln. Diese Netzwerke müssen angesichts der jährlich wechselnden G20-Präsidentschaft und damit

variierten politischen Prioritäten auf Kontinuität angelegt sein. Thinktanks sind zugleich wichtige Multiplikatoren internationaler wissenschaftlicher und politischer Diskurse in ihren Ländern.

Thinktanks aus den Mitgliedsländern kooperieren seit 2012 im Rahmen der Think20 (T20) und erarbeiten Lösungsvorschläge für die G20. Während der deutschen G20-Präsidentschaft hat die T20 ihre Arbeitsweise auf eine neue Grundlage gestellt. Im Vordergrund stehen die Stärkung des Netzwerks der beteiligten Institute, die Systematisierung des Austauschs mit der G20 und die Verstärkung der Arbeit der T20. Ein

Novum war die Schaffung der „T20 Africa Standing Group“ aus Thinktanks aus Afrika und den G20-Ländern, die sich in den kommenden Jahren regelmäßig treffen und die G20 zu afrikaspezifischen Themen beraten werden. Zudem konnte durch Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Beteiligung von Forschern aus Schwellenländern am T20-Prozess verbessert werden. Die Arbeit koordiniert haben das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und das Kieler Institut für Weltwirtschaft.

NEUE T20-ARCHITEKTUR

Der Fokus des T20-Prozesses liegt 2016/17 auf der Etablierung themenspezifischer Taskforces, in denen Wissenschaftler forschungsbasierte Politikempfehlungen für die G20 erarbeiten. Die Taskforces greifen neben klassischen wirtschafts- und finanzpolitischen Themen auch wichtige entwicklungspolitische Themen auf, etwa die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs), Ungleichheit, nachhaltige Entwicklung in Afrika und Klimawandel. Als unabhängiges Netzwerk arbeitet die T20 auch an zukunftsweisenden Konzepten, die aktuell in der G20 noch nicht konsensfähig sind.

Die wichtigsten Produkte der Taskforces sind Policy Briefs, in denen die Forscherteams konkrete Vorschläge machen. Zur Vorbereitung des Hamburger Gipfels sind mehr als 60 Policy Briefs entstanden. Sie wurden mit G20-Entscheidungsträgern diskutiert und frühzeitig den Arbeitsgruppen der G20 zugestellt, um den Politik- und Entscheidungsprozess der Fachexperten zu unterstützen. Sie sind online auf der G20 Insights Platform zugänglich.

Diese Plattform soll sich über die deutsche Präsidentschaft hinaus zum zentralen Knotenpunkt entwickeln und Politikkohärenz über mehrere G20-Präsidentschaften hinweg fördern. Auch die Arbeit der Taskforces soll verstetigt werden, um so ein Expertennetzwerk aufzubauen, das Wissen über globale Herausforderungen mit nationalen Lösungsansätzen zusammenbringt.

LINKS

G20 Insights Platform:

<http://www.g20-insights.org/>

Deutsche T20-Koordination:

<http://www.t20germany.org/>

POLITIK

Flucht und Migration als globale Aufgabe

Die Steuerung und Bewältigung von Flucht und Migration stellt viele Länder vor immer größere Herausforderungen. Es fehlt an politischen Rahmenbedingungen, um die veränderten Wanderungsprozesse auf globaler Ebene zu regeln, bemängelt eine aktuelle Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Von Lea Diehl

Regierungen sind beim Thema Flucht und Migration hin- und hergerissen, erklären die Autoren Steffen Angenendt und Anne Koch. Einerseits betrachteten sie Migrationspolitik als nationale Angelegenheit, andererseits sei klar, dass sich Migrations- und Flüchtlingsströme heute nicht mehr im Alleingang bewältigen lassen. Erschwerend hinzu komme, dass sich Flucht und Migration immer mehr vermischen und sich Flüchtlinge und Migranten Wanderwege teilen. Die Autoren sprechen von gemischter Wanderung.

Angenendt und Koch stellen fest, dass bestehende Rahmenbedingungen nicht alle Formen von Wanderung abdecken. Während die Genfer Flüchtlingskonvention die Unterzeichnerstaaten zum Schutz von Flüchtlingen verpflichtete, sei die Entscheidung, Migranten aufzunehmen oder nicht, interessengerichtet und unterliege staatlicher Souveränität.

Die SWP-Experten machen deutlich, dass globale Rahmenbedingungen derzeit nicht auf gemischte Wanderung ausgerichtet und deshalb nur eingeschränkt wirksam seien. Besonders in der Migrationspolitik seien Institutionen und Kooperationen zu stark fragmentiert; Abkommen splitteten sich in regional und bilateral auf. Die Wissenschaftler betonen aber auch, dass sich internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet verbessert habe: Ein Beispiel dafür sei die Berücksichtigung von Flucht und Migration in den Entwicklungs-Nachhaltigkeitszielen (SDGs).



Flüchtlings- und Migrationspolitik braucht globale Rahmenbedingungen: Flüchtlinge im griechischen Idomeni im März 2016.

Für die Neuausrichtung einer Global Migration Governance stellt die Studie die Vor- und Nachteile verschiedener Optionen vor. Eine Möglichkeit sei, bisherige Strukturen und regionale Kapazitäten auszuweiten. Das würde Vertrauen schaffen und das Einrichten gemeinsamer Standards erleichtern. Jedoch fehlten aus Sicht der Autoren Voraussetzungen, um Strukturen wie die der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zu erweitern.

Eine weitere Option sei eine Reform der IOM entsprechend aktueller Entwicklungen zu einer Art Weltmigrationsorganisation. Die SWP-Autoren weisen aber darauf hin, dass eine Konzentration migrationspolitischer Anliegen in einer einzigen Organisation problematisch sein kann. Auch in dem Ausbau aktueller Strukturen in Form eines UN-Migrationssekretariats sehen Angenendt und Koch eine Möglichkeit, um mit Veränderungen umzugehen. Wobei sie hinzufügen, dass eine Konkurrenz zur IOM zu vermeiden sei.

Wie die Rahmenbedingungen in den Herkunfts- und Aufnahmeländern aussehen sollen, ist aus Sicht der Autoren von Wanderungsformen abhängig. Ihrer Meinung nach ist freiwillige, regulierte Migration vor allem mit Chancen verbunden: Rücküberweisungen könnten die Entwicklung in den Herkunftsländern vorantreiben. Andersherum helfen Migranten auch den Aufnahmeländern, indem sie Beschäftigungslücken schließen. Durch Rücküberweisungen könne auch der sogenannte Braindrain ausgeglichen werden: Während Fachkräfte aus Entwicklungsländern zwar abwanderten, könnten Bildung und Gesundheit im Heimatland durch Rücküberweisung gefördert werden. Entwick-

lungsrisiken treten den Autoren zufolge insbesondere bei unfreiwilliger Wanderung auf. Davon seien vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer betroffen, da sie 89 Prozent der Flüchtlinge und 99 Prozent der Binnenvertriebenen (2015) aufgenommen haben. Die Autoren geben aber zu bedenken, dass Chancen und Risiken im Zusammenhang mit Flucht bislang noch wenig erforscht sind.

IMPLIKATIONEN FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT

Eine normative und institutionelle Neuordnung der globalen Migrationspolitik müsse aus entwicklungspolitischer Sicht mindestens fünf Aufgaben erfüllen, so Angenendt und Koch:

- Fairer Interessenausgleich zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern
- Rechtsbasierte Politik zum Schutz der Grundrechte von Flüchtlingen und Migranten, zur Verhinderung von Diskriminierung und zur Gewährung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe
- Festlegung und Überwachung von migrations- und integrationspolitischen Mindeststandards
- Förderung sicherer Flucht- und Migrationswege
- Orientierungsrahmen für lokale Integration und Reintegration.

QUELLE

Angenendt, S., und Koch, A., 2017: „Global Migration Governance“ im Zeitalter gemischter Wanderungen. Folgerungen für eine entwicklungsorientierte Migrationspolitik. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S08_adt_koh.pdf



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C
Development + Cooperation

TWEETS 10 Tsd. FOLGE ICH 2.102 FOLLOWER 4.754 GEFÄLLT MIR 182 LISTEN 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

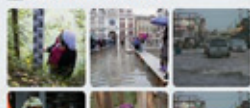
D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

2.097 Fotos und Videos



Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C

Editorial office D+C @forumdc · 3 Std.
#Climate-sensitive #foodprotection in the #Albania is set to reduce #risks to people, business and #environment.
oq1ymLyo30c6L15



Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch

Aktualisieren

ODI @ODIdev

UN News Centre @UN_News_Centre

Africa Renewal, UN @africarenewal

Devex @devex



AUTORITÄRE HERRSCHAFT

Repression nach Volksabstimmung

Die türkische Regierung macht Jagd auf die Opposition. Unmittelbar nach ihrem knappen und umstrittenen Erfolg beim Verfassungsreferendum Mitte April hat sie den Ausnahmezustand verlängert und eine neue Säuberungswelle gestartet. Die Medien wurden schon vorher zum Schweigen gebracht und können Amtsträger nicht mehr zur Rechenschaft ziehen.

Von Hans Dembowski

Die Türkei steht laut dem World Press Freedom Index 2017, den die zivilgesellschaftliche Organisation Reporter ohne Grenzen Ende April veröffentlicht hat, unter 180 Ländern auf Rang 155. Vor einem Jahr kam sie noch auf den 151. Platz. Seit Ende 2012 bezeichnet die Menschenrechtsorganisation die Türkei als das „größte Journalistengefängnis der Welt“. Damals sprach sie von 72 inhaftierten Medienschaffenden. Mittlerweile sind es 160, wie Kamil Taylan, ein türkisch-deutscher Fernsehjournalist beim Runden Tisch Interkultureller Mediendialog Rhein-Main Ende April berichtete.

Allen wird laut Taylan in fadenscheinigen Anklagen Terrorismus vorgeworfen. Es gebe weder Beweise für die Mitgliedschaft in verbotenen Vereinigungen noch eindeu-

tige Stellungnahmen zu deren Gunsten, deshalb werde den Journalisten vorgehalten, sie hätten beispielsweise auf Twitter eine unterstützende Haltung eingenommen.

Passagenweise seien die Anklagen zudem identisch, sagt Taylan, und müssten wohl per Copy-and-paste erstellt worden sein. Typischerweise werde den Journalisten vorgeworfen, sie unterstützten sowohl die kurdische PKK als auch die Gülen-Bewegung. Unabhängigen Beobachtern erscheint das unsinnig, denn die PKK und die Gülenisten haben nicht viel miteinander gemein – abgesehen davon, dass sie Gegner der AKP-Regierung sind (siehe Timur Tinç in E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S. 28). Offenbar setzt die Regierung oppositionelle Meinungen mit Terrorismus gleich.

Es gebe in der Türkei keinen Rechtsstaat, sagt Taylan. Erkan Pehlivan, ein weiterer Journalist aus dem Rhein-Main-Gebiet, sieht das ähnlich. 4300 Richter und Staatsanwälte seien nach dem gescheiterten Militärputsch im Sommer entlassen worden – und viele wurden inhaftiert. Die Regierung berufe willkürlich neue Richter. Sie habe beispielsweise innerhalb von wenigen Stunden 900 Anwälte zu Richtern gemacht. 800 davon seien AKP-Mitglieder oder Unterstützer gewesen.

In mancher Hinsicht erinnert die aktuelle Entwicklung Pehlivan an die Militärdiktatur der 1980er Jahre. Damals hätten Sicherheitskräfte, die in weißen Renaults unterwegs waren, Dissidenten entführt – von denen manche so für immer „verschwanden“. In den vergangenen Wochen seien in Ankara acht Menschen mit VW-Bussen verschleppt worden. Zudem häuften sich Berichte über Folter und Vergewaltigung in Haft.

An den letzten Apriltagen startete die Regierung eine weitere Säuberungswelle. Pehlivan bilanziert, 9000 Polizisten hätten ihren Job verloren, von denen 1000 sofort inhaftiert worden seien. Gegen 2000 weitere seien Haftbefehle erlassen worden.

Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte versprochen, der Türkei Stabilität zu bringen, sollte er das Verfassungsreferendum vom 16. April gewinnen. Er fühlt sich mit seiner knappen Mehrheit aber wohl immer noch nicht fest im Sattel. Seine Regierung verlängerte sofort den Ausnahmezustand.

Den offiziellen Angaben zufolge war auf 51,4 Prozent der abgegebenen Stimmzettel das „Ja“ angekreuzt. Die größte Oppositionspartei spricht von Manipulation. Auch Wahlbeobachter aus Europa beanstanden Verfahrensmängel. So habe die Regierung in letzter Minute Stimmzettel zugelassen, die nicht wie üblich amtlich besiegelt waren. Zudem habe es keine demokratische öffentliche Debatte vor dem Referendum gegeben, weil viele Medienhäuser geschlossen worden waren und viele Journalisten im Gefängnis saßen.

Auch aus Sicht von Human Rights Watch (HRW) fand der Wahlkampf in einem „sehr repressiven Klima“ statt. Hugh Williamson von HRW hat an Präsident und Regierung appelliert, den Notstand sowie die Repression der Medien und der pro-kurdischen Opposition zu beenden.

Derlei scheint Erdogan nicht zu beeindrucken. Am 29. April blockierte seine Regierung den Zugang zur Online-Enzyklopädie Wikipedia und ließ weitere 4000 Beamte aus Ministerien und Justiz entfernen.

LINKS

Reporter ohne Grenzen:

<https://rsf.org/en/turkey>

Human Rights Watch:

<https://www.hrw.org/news/2017/04/17/turkey-end-state-emergency-after-referendum>

Von 160 inhaftierten Medienschaffenden ist in Deutschland Deniz Yücel der bekannteste.



Kulturelle Diversität aufzeigen

Brasilien, Lateinamerikas größtes Land, hat eine sehr vielfältige Kultur. Viele kulturelle Eigenarten in abgelegenen Gebieten sind jedoch nicht sehr bekannt. Revelando os Brasis ist eine Initiative, die Landbewohnern die Möglichkeit gibt, anderen von ihrem Leben zu erzählen.

„Revelando os Brasis“ ist Portugiesisch und heißt so viel wie „die Facetten Brasiliens zeigen“. Die Idee entstand vor 13 Jahren beim Instituto Marlin Azul, einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Diese startete das Projekt zusammen mit dem brasilianischen Kulturministerium, um audio-visuelle Medienkompetenz in Brasiliens ländliche Gegenden zu tragen.

Das Projekt ermöglicht Menschen, ihre Geschichten auf Video zu erzählen, anstatt Aufsätze oder Bücher zu schreiben. Auf diese Weise wird ein Mosaik von Brasiliens kultureller Vielfalt geschaffen. Revelando os Brasis hilft Amateuren aus entfernten Gebieten, 15-minütige Dokumentarfilme über ihren Heimatort zu drehen.

Jedes Jahr veröffentlicht das Projekt eine Ausschreibung, wo sich Amateure mit einem Vorschlag bewerben können. Die Zielgruppe sind Menschen aus Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern. Davon werden 20 bis 40 Teilnehmer ausgesucht und für einen zweiwöchigen Workshop nach Rio de Janeiro eingeladen, um dort zu lernen, wie man einen Kurzfilm dreht.

Die ausgewählten Personen haben unterschiedliches Alter und Berufe. Lehrer, Journalisten, Studenten, Maurer, Soziologen und sogar ein pensionierter Eisenbahnarbeiter waren diesmal dabei. Ihre Vielfalt spiegelt sich in den Videos, die von den regionalen Dialekten, Gewohnheiten, Tanz- und Musikstilen handeln. Sie konzentrieren sich auf die „unbeachtete“ Kultur, für die sich die Medien kaum interessieren.

Viele Teilnehmer kommen zum ersten Mal in ihrem Leben nach Rio, berichtet Beatriz Lindenberg, die Gründerin des Instituto Marlin Azul. „Da gibt es Leute vom Lande, die zum ersten Mal eine Rolltreppe sehen“, erzählt sie. „Wir schaffen hier eine Umgebung des Teilens und der Solidarität.“



Wenn die Teilnehmer nach dem Workshop nach Hause zurückkehren, haben sie ein Drehbuch geschrieben, einen Produktionsplan entworfen und haben das Geld bekommen, um einen Dokumentarfilm zu machen. Innerhalb von drei Monaten muss dieser fertig sein.

„Dieses Projekt hat mein Leben völlig verändert“, sagt Arthur Leite, der im Jahr 2010 teilnahm. „Ich wurde in einem Dorf im Staat Ceará geboren. Seit ich ein Kind war, wollte ich Filme machen, aber das war unvorstellbar und unmöglich.“ In seiner Dokumentation geht es um einen architektonischen Komplex aus grobem Stein, den eine Familie in seinem Heimatdorf gebaut hat.

Diese Filme werden nicht nur in Kulturzentren der großen Städte gezeigt. Weil viele Heimatdörfer der Teilnehmer kein Kino haben, organisiert das Instituto Marlin Azul kostenlose Vorführungen: Sie kommen mit Lastwagen, auf denen Projektoren, Leinwände und Lautsprecher montiert sind, so dass die Dorfbewohner all die Filme sehen können, die Brasiliens erstaunliche kulturelle Vielfalt zeigen.



DANIELLE ROTHOLI
ist Dokumentar-
Filmemacherin
und lebt in Bonn.
danirotholi@gmail.com



AIDA AZAROUN
ist Journalistin
und lebt in Bonn.
aidaazaroun@gmail.com

LINK

Revelando os Brasis

<http://www.revelandoosbrasis.com.br/>

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
58. Jg. 2017

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

<http://www.engagement-global.de>

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Geschäftsführer:

Oliver Rohloff

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,

Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,

Dagmar Wolf (Assistenz)

Tel. (0 69) 75 01-43 66,

Fax (0 69) 75 01-48 55,

euz.editor@fs-medien.de

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

Art direction: Sebastian Schöpsdau, Layout: Nina Hegemann

Übersetzung: Eleonore von Bothmer, Carola Torti

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Frankfurter Societäts-Medien GmbH,

c/o InTime Media Services GmbH

Postfach 1363

82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fs-medien@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

PHILANTHROPIE

Lobenswerte Individuen, problematischer Trend

Die Bill & Melinda Gates Foundation stützt sich auf massive Finanzierung durch die Milliardäre Bill Gates und Warren Buffett. Unter anderem trägt sie zur Bekämpfung von Krankheiten und zur Sicherung der Ernährungssicherheit bei. Die Open Society Foundations existieren dank der Großzügigkeit des Milliardärs George Soros. Sie setzen sich für Menschenrechte, Demokratie und Wissenschaft ein. Die genannten Individuen verdienen Anerkennung für ihr philanthropisches Engagement.

Von Hans Dembowski

Dass Philanthropen im öffentlichen Leben an Bedeutung gewinnen, beunruhigt jedoch. Es zeugt von der breiter werdenden Kluft zwischen wenigen Superreichen und

Massen von Menschen, die kaum Gehör finden. Zunehmend geben diejenigen den Ton an, die für ihre Lieblingsanliegen viel Geld aufwenden können.

Philanthropische Stiftungen sind in gewisser Weise stärker als herkömmliche zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich auf viele Mitglieder stützen – aber oft auch Großspenden von Stiftungen brauchen. Stiftungen können beim Test neuer Konzepte Risiken eingehen. Im Erfolgsfall können sie die neue Methode schnell ausbauen. Sie können sehr viel Geld ohne großen Verwaltungsaufwand und ohne lästige Transparenzpflichten ausgeben. Sie schulden nur sich selbst Rechenschaft.

Reiche Philanthropen wollen die Welt verändern. Sie finden leicht das Gehör von Politikern. Sie kofinanzieren gern Vorhaben,

wenn Staaten auch einen Teil beitragen. In Zeiten knapper Kassen haben Regierungen Grund, sich darauf einzulassen. Philanthropen nehmen also Einfluss auf öffentliche Haushalte. Eigentlich sollten demokratisch gewählte Regierungen aber selbst ausreichend Mittel haben, um öffentliche Güter bereitzustellen. Ist das nicht der Fall, stellt sich die Frage, ob sie ausreichend Steuern erheben.

Fraglich ist auch, ob alles, was als Philanthropie gilt, wirklich dem Gemeinwohl dient. In den USA lassen sich Spenden an konservative Thinktanks, die den Klimawandel leugnen und aggressiv Steuern bekämpfen, von der Steuer absetzen. Sie tragen zu globalen Nachhaltigkeitsproblemen bei, aber nicht zu deren Lösung.

Gewiss gibt es eine Vielfalt von Philanthropen mit einer Vielfalt von Anliegen. Sie neigen aber generell zu konservativer Wirtschaftspolitik, denn ihre Erfahrung mit Marktdynamiken war ja positiv. Leider haben nicht alle ihr Vermögen in fairem Wettbewerb geschaffen. Manche haben geerbt, andere – wie etwa Bill Gates – von Marktverzerrungen profitiert. Das von ihm gegründete Software-Unternehmen Microsoft hatte in den 1990er Jahren eine Art Monopolstellung, ohne die besten Programme zu schreiben. Seine Kunden wollten Software, die mit der möglichst vieler anderer Menschen kompatibel war. Microsofts Macht wurde schließlich durch Kartellverfahren in den USA und der EU eingedämmt.

David Calahan, ein amerikanischer Experte für Philanthropie, fordert zu Recht, dass Stiftungen offenlegen sollen, wem sie wie viel Geld zur Verfügung stellen, damit die Öffentlichkeit weiß, welchen Einfluss sie nehmen. Außerdem sei zu prüfen, welche Art von Spenden wirklich steuerabzugsfähig sein müssen.

Individuell verdienen Philanthropen sicherlich Lob. Aber der Trend, dass Philanthropie immer wichtiger wird, ist bedenklich. Er ist eine Konsequenz zunehmender Ungleichheit und schwächt demokratische Strukturen.

Jedes Leben ist gleich viel wert – aber manche Menschen können großzügiger spenden als andere.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von
E+Z Entwicklung
und **Zusammenarbeit /**
D+C Development
and **Cooperation.**

euz.editor@fs-medien.de

FRIEDENSFÖRDERUNG

Ende von Mosambiks „kleinem Krieg“ in Sicht?

Ende April haben Präsident Filipe Nyusi und Oppositionschef Afonso Dhlakama eine Grundsatzvereinbarung in den strittigen Fragen erzielt, die 2013 zu einem neuen „kleinen Krieg“ in Mosambik geführt hatten. Ein Ende des Konflikts scheint in Sicht. Seit Weihnachten 2016 ist ein zwischen Nyusi und Dhlakama vereinbarter Waffenstillstand in Kraft.

Von Friedrich Kaufmann und Winfried Borowczak

Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit war in Mosambik Ende 2013 ein „kleiner Krieg“ zwischen Sicherheitskräften der Regierung der Frelimo und Guerillakämpfern der Oppositionspartei Renamo ausgebro-



Friedensdemonstration in Maputo im Juni 2016.

chen. Auf den wichtigsten Überlandstraßen im Landesinneren wurden Fahrzeuge beschossen, Menschen starben, andere wurden verletzt. Tausende Zivilisten flohen aus ihren Dörfern in Nachbarländer oder Camps am Rande großer Städte in Mosambik.

Die Polizei stürmte Parteibüros der Opposition; politische Morde waren an der Tagesordnung, Attentatsversuche auf Op-

positionsführer Afonso Dhlakama eingeschlossen. Dieser suchte in den Gorongosa-Bergen in der Provinz Sofala Zuflucht, wo er bis Ende April von Regierungstruppen eingekesselt war. Wirtschaft, Handel und Verkehr kamen weitgehend zum Erliegen.

Mittlerweile hat ein international vermittelter Waffenstillstand die Lage beruhigt. Gleichwohl stellt sich die Frage, wie es zu dieser Eskalation kommen konnte. Schließlich galt Mosambik lange Zeit als Musterbeispiel einer erfolgreichen Befriedung nach einem lang anhaltenden Bürgerkrieg.

In der Tat hatte der 1992 nach 15 Jahren Krieg geschlossene Friedensvertrag 20 Jahre gehalten. Doch 2013 griffen die Renamo wieder zu den Waffen. Sie wollten die aus ihrer Sicht mangelhafte Umsetzung des Friedensabkommens erzwingen. Die Gelegenheit schien günstig. Ende 2014 standen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an. Amtsinhaber Armando Guebuza konnte laut Verfassung nicht wieder kandidieren; die seit 1975 regierende Frelimo war ob der Nachfolgefrage gespalten. Zudem waren Korruption und Bereicherung endemisch geworden, das Ansehen der Frelimo schien am Boden.

Eine Wahl unter den Bedingungen eines „kleinen Krieges“, gar eine Wahlverschiebung, war für die Frelimo-Führung wenig erstrebenswert. So blieb ihr nichts anderes übrig, als mit Dhlakama ein Abkommen auszuhandeln und auf seine Forderungen einzugehen: Trennung von Staat und Partei Frelimo, weitgehende Dezentralisierung von Staat und Verwaltung, verbesserte Eingliederung von Ex-Renamo-Kämpfern in Armee beziehungsweise Polizei, fairer Wahlkampf. Im Gegenzug sollte die Renamo ihre Guerillaattacken einstellen und am Wahlkampf teilnehmen und so den Wahlen 2014 zu Legitimität verhelfen.

Die Renamo hielt sich an ihre Zusagen, doch das Wahlergebnis war für sie eine große Enttäuschung. Mit Filipe Nyusi gewann wieder der Kandidat der Frelimo. Vor-

würfe der Wahlmanipulation wurden laut, und die Renamo akzeptierte die Ergebnisse zunächst nicht. Erst nach internationaler Vermittlung und erneuerten Zusagen Nyusis nahmen ihre Abgeordneten Anfang 2015 ihre Sitze ein.

Gleichzeitig eskalierte die Renamo den Konflikt militärisch und politisch. Von einer Nadelstichtaktik ging sie über zu einer flächendeckenden Guerillataktik in den sechs zentralen Provinzen, in denen sie die Mehrheit der Stimmen gewonnen hatte. Zudem forderte sie von Nyusi, in diesen Provinzen Renamo-Mitglieder zu Gouverneuren zu ernennen. Dieser konnte es jedoch innerparteilich nicht riskieren, der Forderung nachzukommen.

Unter internationaler Vermittlung gelang es in der zweiten Jahreshälfte 2016, einen Verhandlungsprozess zwischen Frelimo und Renamo in Gang zu setzen. Dabei beharrten die Renamo auf zwei Aspekten: der verbesserten Eingliederung ihrer ehemaligen Kämpfer in die Sicherheitskräfte sowie einer weitreichenden Dezentralisierung von Staat und Verwaltung. Andere Forderungen ließ sie fallen.

Im Oktober/November 2016 legten die internationalen Vermittler zwei Papiere zu den Verhandlungsthemen vor. Zu beiden gibt es bis dato keine definitiven Stellungnahmen der Konfliktparteien. Die internationale Vermittlung wurde aufgrund der Stagnation Ende 2016 beendet, zugleich vereinbarten aber Nyusi und Dhlakama einen Waffenstillstand. Seit Anfang dieses Jahres verhandeln die Konfliktparteien direkt miteinander. Jüngste vorsichtig optimistische Äußerungen Nyusis und Dhlakamas deuten auf eine substanzielle Annäherung und ein mögliches Ende des „kleinen Krieges“ hin. Ob es tatsächlich dazu kommt, bleibt abzuwarten.



FRIEDRICH KAUFMANN
ist Leiter der Deutschen
Auslandshandelskammer
in Maputo. Der Beitrag
stellt seine persönliche
Meinung dar.

friedrich.kaufmann@gmx.net



WINFRIED BOROWCZAK
ist Sozialökonom
und freier Consultant.

winborow@aol.com

DIABETES

Zuckerkrieg in Mexiko



Präsident Enrique Peña Nieto hat 2013 eine nationale Strategie für die Prävention und Kontrolle von Übergewicht, Fettleibigkeit und Diabetes auf den Weg gebracht.

Mit einer Softdrinksteuer, die Pioniercharakter hat, kämpft Mexiko gegen Fettleibigkeit und Diabetes. Doch die Industrielobby schlägt zurück – sogar mit Spionage-Software.

Von Sonja Peteranderl

Am 17. August 2016 erhielt Simón Barquera eine SMS-Nachricht, dass seine Tochter gerade einen Unfall gehabt habe, ihr Zustand sei ernst. Die Nachricht enthielt einen Link, der angeblich zu dem Ort führte, an dem sie im Krankenhaus lag. Doch das war eine Falle. Barquera, ein angesehener Gesundheitsexperte des Nationalen Instituts für Öffentliche Gesundheit, sollte auf den Link klicken, um Spionage-Software auf seinem Smartphone zu aktivieren. Es war die letzte Nachricht einer ganzen Serie. Einem Bericht des Citizen Lab der Universität Toronto zufolge erhielt Barquera insgesamt neun Nachrichten mit infizierten Links.

Mexikos Zuckerkrieg wird inzwischen also auch digital ausgefochten: mit Attacken gegen Gesundheitsexperten und Aktivisten, die sich für strengere Gesetze und Regulierungen engagieren, um Übergewicht und Krankheiten wie Diabetes zu bekämpfen. Neben Barquera erhielten auch Alejandro Calvillo, Gründer der Verbraucherschutzorganisation El Poder del Consumidor (Die Macht des Verbrauchers), sowie Luis Encarnación von dem Netzwerk Coalición ContraPESO („Koalition GegenGEWICHT“) Nachrichten mit infizierten Links.

Sie alle hatten bei einer Konferenz eine klarere Etikettierung ungesunder Produkte sowie eine Erhöhung der mexikanischen Softdrinksteuer gefordert. 2014 war die innovative Steuer als Teil eines Maßnahmenpakets beschlossen worden. Zuckerhaltige Getränke wie Cola oder Limo werden seitdem mit einem Peso pro Liter besteuert, etwa zehn Prozent des Ver-

kaufspreises. Für Getränkehersteller geht es um ein Milliardengeschäft.

Softdrinks gehören ebenso zum mexikanischen Alltag wie Fleisch und Fast-Food. Beim Pro-Kopf-Verbrauch zuckerhaltiger Getränke liegt Mexiko global ganz vorn: Durchschnittlich trinkt jeder Mexikaner 163 Liter der sogenannten „Refrescos“ (Erfrischungsgetränke) – fast einen halben Liter täglich.

GLOBALER DIABETES-CHAMPION

Das Land ist ebenfalls Champion bei Übergewicht und Diabetes. Mehr als zwei Drittel der erwachsenen Mexikaner leiden einem UN-Bericht zufolge an Übergewicht oder Fettleibigkeit. Das Land hat inzwischen sogar die USA als Nation mit den meisten Übergewichtigen abgelöst. Der OECD zufolge hat Mexiko unter Entwicklungsländern die höchste Rate von Diabetes-Fällen; Diabetes und Herzkrankheiten zählen zu den häufigsten Todesursachen.

Schon kleine Kinder sind übergewichtig, erkranken an Diabetes oder leiden an Folgeerkrankungen wie Schlaganfällen, Nieren-, Netzhaut- oder Nervenschäden. „Was die Zuwachsraten der Fettleibigkeit betrifft, ist Mexiko in einer Sättigungsphase“, sagt Barquera. „Sie liegen zwar nicht mehr bei den Geschwindigkeiten der 90er, aber den letzten Untersuchungen zufolge ist es auch nicht gelungen, das Problem gravierend zu verringern.“ Die Zukunft Mexikos hänge davon ab, ob es gelinge, eine effektive Gesundheitspolitik durchzusetzen und die Bevölkerung zu einem gesünderen Lebensstil zu motivieren.

Vor allem vielen Familien mit geringem Einkommen fehlen das Wissen um gute Ernährung, aber auch das Geld oder die Zeit, um gesunde Lebensmittel zu kaufen und selbst zu kochen – so wird das Problem an die nächste Generation weitervererbt. Abelardo Ávila Curiel von Mexikos Nationalem Lebensmittelinstitut bezeichnete das Übergewichtsproblem des Landes in einem CBS-Interview als „eine ernsthafte Epidemie“. „In den armen Bevölkerungsschichten ha-

ben wir übergewichtige Eltern und schlecht ernährte Kinder“, sagt der Wissenschaftler. „Das Schlimmste ist, dass die Kinder so zur Fettleibigkeit programmiert werden.“

Hinter dem Erfolg der Softdrinks steckt vor allem cleveres Marketing. Konzerne wie Coca-Cola und PepsiCo geben jedes Jahr Milliarden aus, um die Getränke auch im Alltag von Kindern, Minderheiten und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen zu verankern. Distributionsysteme bis in entlegene Dörfer hinein und aggressive Werbekampagnen sorgen für einen Massenabsatz. Er wird flankiert von politischer Lobbyarbeit sowie Spenden an Gesundheitsorganisationen und Wissenschaftler, deren Studien die gesundheitliche Wirkung der Getränke schönfärben. Um ihr Image zu verbessern, finanzieren die Konzerne soziale Kampagnen oder Sportevents.

90 JAHRE COCA-COLA

Coca-Cola produziert und verkauft in Mexiko seit 1926 Softdrinks. In den 1950er Jahren begann der Konzern, mit massiven Marketingkampagnen den Absatzmarkt zu erobern. „In den 1970er Jahren waren Softdrinks fest im Alltag etabliert“, schreibt die Gesundheitsexpertin Marion Nestle in ihrem Buch „Soda Politics“. Die Verbindungen des Konzerns reichen bis hinauf in die Machtelite. Vicente Fox war Lateinamerika-Chef von Coca-Cola, bevor er 2000 zum Präsidenten gewählt wurde. Während seiner Amtszeit stieg der Konzern zum Marktführer auf und verdoppelte seinen Umsatz fast.

Der Getränkehersteller hat sich auch indigene Bevölkerungsgruppen als Zielgruppe erschlossen, die oft unter Diskriminierung, Armut, Unter- und Mangelernährung und eingeschränkten Bildungs- und Aufstiegschancen leiden. Das Getränk ist sogar auf Dörfern erhältlich, in denen eine öffentliche Versorgung etwa mit Schulen, sauberem Trinkwasser oder Internet fehlt. In San Juan Chamula, einem Dorf im Süden von Mexiko, hat die Tzotzil-Bevölkerung Cola-Flaschen sogar in ihre heiligen Rituale eingebaut. Mit dem Rülpsen nach dem Trinken entweichen angeblich auch die bösen Geister.

Vor Weihnachten 2015 veröffentlichte der Konzern einen Spot, der die Dis-

kriminierung von indigenen Mexikanern anprangern und Vielfalt und Zusammenhalt vermitteln wollte. Darin beglückt eine Gruppe weißer, schlanker Jugendlicher ein indigenes Dorf im Süden des Landes mit Party-Dekoration und Coca-Cola. Das Video ging viral – allerdings anders, als der Getränkehersteller sich das vorgestellt hatte. Tausende Mexikaner beschwerten sich über die koloniale Attitüde und das Konsumversprechen als vermeintliche Lösung für die soziale Kluft. Verbraucherschutzorganisationen prangerten den Spot als „Angriff auf die Würde“ indigener Menschen an. Die Firma entschuldigte sich und zog ihn zurück.

REFORMPAKET GEGEN ÜBERGEWICHT

Laut Barquera teilt inzwischen ganz Lateinamerika in den sozialen Netzwerken Informationen zur Gesundheitskrise und organisiert sich. Das Problem: Auch die Gegenseite setzt auf digitale Kampagnen. „Leider haben diejenigen, die sich einer am Gemeinwohl orientierten Gesundheitspolitik entgegenstellen, mehr Budget und neutralisieren so den Widerstand in den sozialen Netzwerken“, bedauert der Wissenschaftler. Einzelne Bemühungen in lateinamerikanischen Ländern seien zwar erfolgreich gewesen, aber es fehle eine koordinierte, internationale Antwort, um die UN-Empfehlungen umzusetzen – und die Bereitschaft der Industrie, politische Maßnahmen gegen Fettleibigkeit zu respektieren.

Letzteres bleibt eine Hoffnung. Mexiko hat zwar 2013 eine nationale Strategie für die Prävention und Kontrolle von Übergewicht, Fettleibigkeit und Diabetes auf den Weg gebracht. 2014 wurde die Softdrinksteuer eingeführt. Doch in weiten Teilen entsprach die Reform eher einer Art Selbstverpflichtung der Lebensmittelkonzerne, mit zahlreichen Schlupflöchern.

„In Mexiko fehlen eine strikte Regulierung von Werbung für Getränke und Nahrungsmittel, die sich an Kinder richtet, und eine Etikettierung, die schnell erkennen lässt, ob ein Produkt ungesund ist und warum“, kritisiert Barquera. Auch ein Verbot von Werbung für ungesunde Lebensmittel und Getränke im Bereich von Schulen hält er für sinnvoll. Staatliche Kampagnen könnten den Verbrauch von Wasser statt Softdrinks fördern, und auch Sportangebote könnten helfen. Bei der Prä-

vention von Diabetes und dem Selbstmanagement der Krankheit durch Betroffene bestehe ebenfalls Nachholbedarf.

Das größte Hindernis sieht Barquera jedoch in den Getränkefirmen, vor allem den transnationalen. Diese kämpften erbittert gegen das politische Ziel, den Zuckerkonsum im Land zu verringern. „Diese Konzerne haben Druck auf den Kongress ausgeübt, sie haben versucht, in Gremien hereinzukommen, die Entscheidungen treffen, und sie fördern Stiftungen finanziell, die ihre Positionen unterstützen.“

Trotz allem gilt die mexikanische Zuckersteuer als Erfolg. Eine Anfang 2016 in der medizinischen Fachzeitschrift BMJ veröffentlichte Studie attestiert der Steuer einen positiven Effekt: Die Mexikaner kauften bis Dezember 2014 12 Prozent weniger der steuerpflichtigen Softdrinks. Vor allem einkommensschwache Haushalte stellten ihr Konsumverhalten als Reaktion auf den Preisanstieg um. Kontinuierliches Monitoring ist den Autoren zufolge allerdings notwendig, um das langfristige Konsumverhalten und Auswirkungen auf die Gesundheit zu analysieren – und zu welchen Alternativgetränken die Menschen greifen, wenn ihnen die Softdrinks zu teuer sind. Untersuchungen belegen auch, dass die Softdrinksteuer keinen negativen Einfluss auf die Wirtschaft hat, also keine Massenentlassungen stattfinden müssen – eines der Hauptargumente der Industrie.

Sowohl die Getränkehersteller als auch andere Länder beobachten die Entwicklungen in Mexiko genau. Denn die Steuer könnte als Modell dienen, wenn sie nachweislich funktioniert. Im Herbst 2016 hat England angekündigt, ab 2018 eine Zuckersteuer zu erheben, die „Soft Drinks Industry Levy“ (SDIL).



SONJA PETERANDERL
ist freie Journalistin.

[sonja.peteranderl@
gmail.com](mailto:sonja.peteranderl@gmail.com)

LITERATUR

Nestle, M., 2015: Soda politics. Taking on big soda. New York, Oxford University Press.
Arantxa Colchero, M. et al, 2016: Beverage purchases from stores in Mexico under the excise tax on sugar sweetened beverages. <http://www.bmj.com/content/352/bmj.h6704>

Aufgeklärtes Eigeninteresse

US-Präsident Donald Trump erklärt immer wieder, dass Amerika für ihn an erster Stelle steht, und zeigt wenig Interesse an multilateraler Zusammenarbeit. Er scheint auch nicht die Notwendigkeit für staatliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) zu erkennen, wie seine Pläne für den Staatshaushalt 2018 zeigen. Anfang Mai erklärte Scott Morris, ein Wissenschaftler des Center for Global Development, einer Denkfabrik in Washington, was Trumps Pläne für die USA und die Welt bedeuten.

Scott Morris im Interview mit Sabine Balk

Denken Sie, dass Präsident Trump die Entwicklungs-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) überhaupt kennt?

Ich glaube nicht, dass das Weiße Haus Interesse an den SDGs und einem Entwicklungsfortschritt, wie ihn die internationale Gemeinschaft anstrebt, hat. Ehrlich gesagt, glaube ich nicht, dass es für das Thema überhaupt ein Bewusstsein gibt. Um etwas Optimismus zu verbreiten, möchte ich nicht ausschließen, dass sich das mit der Zeit zu einem bestimmten Grad ändert. Präsident Trump wird von anderen Staatslenkern

etwa bei G20-Treffen hören, wie wichtig diese Agenda ist. Bislang sind die Kommentare des Präsidenten über ODA aber ziemlich entmutigend, und ich glaube, es gibt nur sehr wenig Wissen über die Ziele und die Attraktivität von Entwicklungshilfe.

Sie wollen etwas Optimismus verbreiten. Wer oder was könnte Trumps Meinung ändern?

Seine Haushaltspläne für 2018 sind sehr entmutigend, und die geplanten Einschnitte sind alarmierend. Aber der US-Kongress hat gerade eine deutlich andere Meinung vertreten, indem er einen von beiden Parteien akzeptierten Haushalt verabschiedet hat. Sowohl die Republikaner als auch die Demokraten haben sich langfristig für Entwicklungshilfe ausgesprochen, so dass Hoffnung besteht, dass der Kongress bei dieser Ansicht bleibt. Der bevorstehende G20-Gipfel in Deutschland ist auch sehr wichtig. Es gibt Bestrebungen für eine Gender-Agenda, die von Beteiligten des Weißen Hauses zusammen mit deutschen Beteiligten angestoßen worden ist. Es soll wohl eine neue Einrichtung initiiert werden, vielleicht bei der Weltbank, die sich um Frauen in der Wirtschaft und um Unternehmerinnen kümmert. Mal davon abgesehen, wie viel Substanz diese

Agenda hat, ist sie ermutigend, einfach weil es normal ist, dass sich die USA um handfeste Resultate im G20-Kontext bemühen. Der Umstand, dass sie sich entschlossen haben, ein entwicklungsrelevantes Thema voranzutreiben, lässt vermuten, dass es wenigstens einige Beteiligte im Weißen Haus gibt, die sich für das Thema interessieren.

Was für eine Initiative ist das konkret?

Es sollen Frauen im Privatsektor gefördert werden. Ich weiß nicht, ob es überhaupt schon eine offizielle Ankündigung dazu gegeben hat. Aber es scheint eine Initiative von Deutschen und Amerikanern zu geben, etwas in dieser Richtung mit Beteiligung der Weltbank anzustoßen.

Trump möchte den ODA-Haushalt 2018 drastisch kürzen. Was plant er konkret?

Die Trump-Verwaltung präsentierte das sogenannte „Skinny budget“ für 2018, worin es tiefe ODA-Einschnitte geben soll. Kurz darauf hatten Kongress und Weißes Haus im Mai über den Haushalt für dieses Jahr zu entscheiden. Diesem stimmten beide Parteien zu. Es ist ein sehr guter Haushalt mit grundlegender ODA-Finanzierung. Dieser Haushaltskompromiss war eine Ablehnung all dessen, was das Weiße Haus eigentlich wollte. Für den Haushalt 2018 warten wir noch auf die Details, die in ein paar Wochen verkündet werden sollen. Was wir aber bisher wissen, ist, dass die Einschnitte von 20 bis 40 Prozent reichen sollen. Damit ist eindeutig eine rote Linie überschritten. Die

Aktualisierte Daten

Ende Mai, als Donald Trump auf Dienstreise in Europa war, veröffentlichte das Weiße Haus seinen Budgetentwurf. Die Daten unterschieden sich nur wenig von denen, die bereits bekannt waren. Die Sorgen, die Scott Morris in

unserem Interview ausführt, wurden bestätigt. Die Trump-Regierung will den Haushalt für Außenministerium und Entwicklungshilfe um 29,1 Prozent gekürzt sehen, wobei der Aufwand für Entwicklungspolitik halbiert würde.

Das letzte Wort hat aber der Kongress.

US-Medien stellten schnell fest, dass der Regierungsentwurf schlampig war. Unter anderem enthielt er einen Rechenfehler, denn 2000 Milliarden Dollar wurden doppelt veranschlagt – einmal zur Gegenfinanzierung von Steuersenkungen und noch einmal zum Schuldenabbau. Die 2000 Milli-

arden Dollar stünden indessen nur zur Verfügung, wenn das Wirtschaftswachstum dauerhaft auf drei Prozent stiege und sich das Steueraufkommen erhöhte. Die meisten Ökonomen halten das für unwahrscheinlich. Bloomberg News urteilte in einer Schlagzeile: „Trump's Haushaltsentwurf soll Eindruck machen, nicht Realität werden.“

Hans Dembowski



US-Präsident Donald Trump will die Entwicklungsagentur USAID schwächen: US-Hilfslieferung nach Uganda.

Einschnitte betreffen so gut wie jeden Bereich, sogar solche, von denen wir dachten, sie seien unantastbar wie globale Gesundheitsprogramme oder verschiedene humanitäre Programme. Darüber hinaus beobachten wir eine strukturelle Verschiebung im Haushaltsplan. Die Verwaltung möchte die Entwicklungsagentur USAID schwächen und dafür die Macht des Außenministeriums stärken. Das würde eine Prioritätenverschiebung bedeuten – weg von wirklicher Entwicklung und Armutsreduzierung hin zu einem mehr politisch motivierten Ansatz. Erschreckend ist auch, dass die Zahl der geförderten Länder drastisch reduziert werden soll. Das würde praktisch einen Rückzug aus vielen Ländern bedeuten.

Welche Länder sind hauptsächlich betroffen? Muslimische?

Nein, da erkenne ich keine konsistente Strategie. Es gibt Länder wie die Ukraine, denen tiefe Einschnitte drohen, es betrifft aber auch am wenigsten entwickelte Länder wie Sierra Leone. Es ist schwer, den Grund dafür zu erkennen.

Was würden diese ODA-Einschnitte bedeuten?

In vielen Ländern, besonders südlich der Sahara in Afrika, macht die US-Hilfe einen Großteil ihrer Finanzierung in Schlüssel-

sektoren aus – zum Beispiel sind viele Impf- oder Ernährungsprogramme stark von US-Hilfe abhängig.

Wie viel dient solche Hilfe US-Interessen?

Wir haben einen strategischen Nutzen davon, dass wir uns in vielen Ländern engagieren. Nummer eins ist Sicherheit. In der heutigen Welt kann man Sicherheitsbedrohungen nicht mehr auf ein Land oder eine Region reduzieren, deshalb muss sich Amerika in einer Vielzahl von Ländern engagieren. Unser Land kann nicht nur Waffen liefern. Zur politischer Stabilität gehört mehr. Die Bevölkerung braucht Chancen, Lebensgrundlagen und ein Minimum an sozialer Sicherheit. Sie muss den Nutzen von internationaler Zusammenarbeit sehen. Wenn das passiert, haben wir Verbündete für die kommenden Sicherheitsherausforderungen. Wenn wir uns aus vielen Ländern zurückziehen, werden wir den Schaden auf Jahre hinaus spüren.

Ist sich die amerikanische Öffentlichkeit dieser Themen bewusst?

Ich denke, die öffentliche Unterstützung für Entwicklungshilfe ist unerschütterlich größer als allgemein gedacht. Nach der Wahl von Donald Trump hatte jeder Angst, dass die amerikanische Öffentlichkeit der Welt den Rücken zukehren würde. Aber etwas

differenziertere Umfragen zeigen, dass es in der Tat viel Unterstützung sogar für Entwicklungshilfeprogramme gibt. Aber es gibt eine große Unwissenheit. Eine sehr typische Frage bei amerikanischen Umfragen ist, wie hoch der ODA-Anteil am Haushalt sein soll. Die Antwort deckt große Unkenntnis auf. Viele denken, ODA macht 20, 30 oder gar 40 Prozent unseres Haushalts aus. Tatsächlich ist es weniger als 1 Prozent.

Warum liegt es im Interesse der USA, sich auf multilaterale Institutionen und Einrichtungen von der Weltbank über den Internationalen Währungsfonds (IWF) hin zu den G20 zu verlassen?

Es gehört zu einem aufgeklärten Eigeninteresse:

- Erstens nehmen die Vereinigten Staaten eine globale Führungsrolle ein, indem sie diese Institutionen unterstützen. Sie repräsentieren eine Agenda, die die USA über viele Jahrzehnte geformt haben. Etwa bei Themen wie Handel oder Korruptionsbekämpfung.
- Zweitens stellen internationale Finanzinstitute eine gewaltige Aufwertung des US-Dollars dar, weil jeder Dollar der US-Regierung mehr bewirkt, weil noch andere Finanzquellen dazukommen. Denken Sie an das IWF-Engagement beispielsweise in der Ukraine in den letzten Jahren, da hat der IWF enorme Finanzierungspakete bereitgestellt. Diese Pakete hätte Amerika nicht alleine bilateral stemmen können. Also hängt Amerika in Ländern, an denen es starkes Interesse hat, stark vom IWF und der Weltbank ab.
- Drittens haben multilaterale Institutionen die Fähigkeit, in einer Vielzahl von Ländern gleichzeitig tätig zu sein, was die USA alleine in dieser Weise nicht machen könnte. Die USA sollten den IWF und die Weltbank als Verlängerung ihrer eigenen internationalen Programme betrachten. Das ist besonders in den jetzigen Zeiten wichtig, in denen aufsteigende Mächte wie China den Multilateralismus mit offenen Armen empfangen.



SCOTT MORRIS
ist Senior Fellow am Center for Global Development, einer Denkfabrik in Washington.

smorris@cgdev.org
<https://www.cgdev.org/>

Gewaltige Aufgaben

Dass die UN im September 2015 die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) annahmen, war ein großer multilateraler Erfolg. Um die Ziele zu erreichen, muss nun aber mehr geschehen. Die internationale Gemeinschaft muss als lernendes System agieren, wenn sie den komplexen Herausforderungen gerecht werden soll.

Von Lan Xue, Lingfei Weng und Hanzhi Yu

Die SDGs wurden in einem innovativen und interaktiven Verfahren formuliert. Teils verlief es von den Graswurzeln nach oben, teils von den Staatsspitzen nach unten. Sehr viele unterschiedliche Akteure nahmen teil. Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Soziales, Wirtschaft und Ökologie) wurden beachtet. Das Konzept betrifft Industrie- und Entwicklungsländer sowie globale Angelegenheiten wie Armut, Klimawandel, Ungleichheit und Frieden. Der Grundsatz, dass niemand zurückgelassen werden darf, gilt für reiche wie arme Staaten. Insgesamt sind die SDGs eine vernünftige Agenda, um die Zukunft der Menschheit zu sichern.

Das Abkommen wurde zu Recht gefeiert. Die Umsetzung der Agenda ist aber eine noch schwierigere Aufgabe als ihre Aufstellung. Es hat ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern über die Implementierungsmittel (MoI – Means of Implementation) gegeben. Zu jedem SDG gehören MoI-Zielvorgaben, und SDG 17 betont noch mal ausdrücklich, dass die MoI gestärkt werden müssen.

Darüber wird es weitere Debatten geben. Es geht nicht nur um Geld, Technologietransfer und Capacity Building, sondern auch um die Koordination von Politik, die Verbesserung von Regierungsführung und bessere Daten und Statistiken. Die globale Partnerschaft muss geschaffen werden, und alle Parteien müssen Verantwortung übernehmen. Das ist wichtig, weil die SDGs keine leicht implementierbare Agenda bilden. Vier Probleme machen die Umsetzung sogar sehr schwierig:

- Das erste Problem sind die MoI. Vielen Ländern mangelt es an Ressourcen und kompetenten Fachleuten. Sie sind schon auf nationaler Ebene nicht ausreichend fähig, öffentliche Güter bereitzustellen, und sollen nun sogar zur Gewährleistung globaler öffentlicher Güter beitragen. International abgestimmte Anstrengungen sind nötig, um sie dazu in die Lage zu versetzen. Lange leisteten fortgeschrittene Nationen weniger erfolgreichen Ländern Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA). Die ODA hat aber in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren – unter anderem, weil die etablierten Geber nach der globalen Finanzkrise von 2008 ihre Ausgaben reduziert haben. Aufsteigende Mächte wie China verfolgen zwar neue Strategien in Bezug auf die am wenigsten entwickelten Länder – etwa in Afrika. Sie verbinden dabei Entwicklungshilfe mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Allerdings ist das Gesamtbild nicht allzu vielversprechend. Es mangelt an ausreichender Koordination der diversen Akteure (besonders der Geber- und Empfängerländer sowie der internationalen Institutionen).
- Das zweite Problem ist, dass die vielfältigen SDGs auf komplexe Weise miteinander verknüpft sind. Es hieß bereits, Länder sollten sich auf prioritäre SDGs konzentrieren, statt alle zugleich anzugehen. Effektives Handeln erfordert das Verständnis der Wechselwirkungen, denn Fortschritt in einem Bereich kann auch Fortschritt in anderen Bereichen auslösen. Andererseits sind auch Zielkonflikte möglich – etwa zwischen Wirtschaftswachstum zum Zweck der Armutsbekämpfung (SDG 1) und dem Schutz der Ökosysteme (SDG 15). Auch zum Zweck internationaler Harmonie mit Blick auf die SDG-Umsetzung müssen Synergien wie Zielkonflikte gründlich erwoogen werden.
- Das dritte Problem betrifft Amtsführung auf nationalstaatlicher Ebene. Sicherlich können Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft wichtige Beiträge leisten, aber Regierungen müssen Führungsverantwortung mit Blick auf Bewusstseinsbildung, die

Mobilisierung von Ressourcen und die Politikimplementierung übernehmen. Mangelhafte Regierungsführung ist aber leider nicht nur ein typisches Symptom von Unterentwicklung, sondern aus Sicht vieler Fachleute sogar eine Ursache davon. ODA in Form von Geld und Capacity Building kann helfen. Es ist aber unverzichtbar, dass Regierungen wirklich Verantwortung übernehmen.

- Das vierte Problem ist das Monitoring. Es gibt 17 SDGs mit 169 Unterzielen und 231 Indikatoren. Diese Komplexität erschwert die Implementierung. Obendrein gibt es für manche Indikatoren weder differenzierte Zeitmarken noch Erzwingungsmittel. Manche Indikatoren sind auch mit mehrdeutigen Adjektiven wie „nachhaltig“, „substanziell“ oder „effizient“ definiert. Obendrein muss der verbreitete Fehler vermieden werden, quantitativen Indikatoren Vorrang vor qualitativen zu geben. Umfassende Rahmenrichtlinien für den Umgang mit den Indikatoren wären gut. Monitoring in Echtzeit könnte die Implementierung erleichtern und dazu beitragen, Akteure zur Rechenschaft zu ziehen. Vielversprechende Arbeiten haben auf diesem Gebiet bereits begonnen. Ein Beispiel sind „SDG Index and Dashboards“ (Sachs et al., 2016), welche das Sustainable Development Solutions Network (SDSN) entwickelt hat. Der Anfang ist vielversprechend, es muss aber mehr geschehen.

LERNENDE AMTSFÜHRUNG

Wegen dieser Probleme können Verwaltungen nicht einfach angewiesen werden, die SDGs zu erreichen. Ständig werden neue politische Richtungsentscheidungen nötig sein, wobei aus Erfolgen und Misserfolgen Konsequenzen zu ziehen sind. Neue Methoden müssen getestet und weiterentwickelt werden (Xue, 2012). Entsprechend braucht die internationale Gemeinschaft eine Haltung der „adaptive Governance“ (lernenden Amtsführung), und zwar auf staatlicher wie überstaatlicher Ebene.

Es gibt keine allgemein anerkannte Definition von adaptive Governance, aber Kernelemente sind klar:

- Adaptive Governance berücksichtigt Komplexität und Unsicherheit. Weil es immer Zielkonflikte gibt, sollte die Implementierung von Politik am besten als fortwährendes Experiment verstanden werden.



China unterstützt den Ausbau afrikanischer Infrastruktur wie etwa der Stadtbahn in Addis Abeba.

- Bei Adaptive Governance geht es nicht einfach um Dezentralisierung im Sinne der Ermächtigung von Gebietskörperschaften. Gute Abstimmung zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen ist wesentlich.
- Adaptive Governance respektiert lokale Kontexte und Erfahrungen.
- Adaptive Governance ist evolutionär. Ziele und Verfahren werden regelmäßig und systematisch überprüft.

Aus diesen Überlegungen folgt, dass Politik als lernendes System organisiert werden muss. Um die SDGs zu erreichen, ist intensiver internationaler Austausch unter Einbezug der nationalen Regierungen sowie diverser anderer Akteure nötig. Wir schlagen deshalb ein iteratives Vorgehen mit vier wiederkehrenden Schritten vor.

- Schritt 1: Die Nutzung der SDGs als umfassenden Maßstab, um den aktuellen Status eines Landes zu bestimmen: Es geht darum, Entwicklungslücken, Zielkonflikte und Synergien zu erkennen, damit möglichst effizient und effektiv gehandelt werden kann.
- Schritt 2: Die Benennung von Entwicklungsprioritäten durch die nationale Politik samt strategischer Implementierung: Der Versuch, alle Lücken auf einmal zu schließen, wäre unrealistisch. Um effizient voranzukommen, muss klar sein, was Vorrang hat. Prioritäten zu definieren ist grundsätzlich eine politische Angelegen-

heit. Dabei müssen alle wichtigen Akteure und Interessengruppen beteiligt werden und die verwundbarsten Bevölkerungsgruppen verdienen besondere Aufmerksamkeit. Städtische Eliten dürfen nicht alle anderen verdrängen. Auch müssen kurzfristige Bedürfnisse gegen langfristige Bedrohungen ausbalanciert werden. All das muss so geschehen, dass es der politischen Ordnung des jeweiligen Landes entspricht.

- Schritt 3: Die Schaffung von Plattformen für Erfahrungsaustausch und gemeinsames Lernen: Regionale und themenspezifische Gruppen sind auch möglich. Das SDSN hat dazu bereits Vorschläge gemacht (UN-SDSN, 2017).
- Schritt 4: Revision der Prioritäten und Implementierungsstrategien: Dies ist selbstredend kein Schlusspunkt, sondern führt zu einer neuen Runde iterativen Lernens. Es gilt, Erfolgsmodelle zu kopieren und von anderen Parteien gemachte Fehler zu vermeiden.

Die SDGs bieten für die globale Entwicklung noch nie dagewesene Chancen. Zur gemeinsamen Vision der Menschheit gehören Frieden, Würde und das Ende der Armut. Alle Akteure sollten kontinuierlich aus neu gesammelter Erfahrung lernen und ihre Leistungsfähigkeit entsprechend steigern. Dann kann es gelingen, dass die SDGs 2030 erreicht sind, und nicht nur Anlass zu schönen Erinnerungen bieten.



LAN XUE
ist Professor für Politik und Verwaltungswissenschaften an der Tsinghua-Universität in Peking. Sie gehört zum UN Sustainable Development Solutions Network.
xuelan@tsinghua.edu.cn



LINGFEI WENG
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Tsinghua-Universität.
wenglingfei@tsinghua.edu.cn



HANZHI YU
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Center for International Governance Innovation in Kanada.
hyu@cigionline.org

QUELLEN

Sachs, J., Schmidt-Traub, G., Kroll, C., Durand-Delacre, D., Teksoz, K., 2016: *SDG index and dashboard-global report*. Bertelsmann Stiftung and Sustainable Development Solutions Network: New York; 3–35.
UN-SDSN, 2017: *Solutions Initiatives*. <http://unsdsn.org/what-we-do/solutions-initiatives/>
Xue, L., 2012: *The shifting global order: A dangerous transition or an era of opportunity?* In *Governance* 25, Vol. 4: p. 535–539.

Wasser

Wasser ist eine unverzichtbare Ressource, ohne die Leben nicht möglich ist. Wasser kann aber auch zum Fluch werden – zum Beispiel wenn es vergiftet ist oder bei Hochwasser. Menschliche Gemeinschaften brauchen geeignete Infrastruktur, um die Risiken zu meistern. Es gibt auch vielerorts Fortschritt. Vor einem Jahrzehnt mieden Politiker das Thema Sanitärversorgung meist, aber heute steht es in vielen Ländern auf der öffentlichen Tagesordnung. Der Treibhauseffekt wird allerdings viele Probleme zuspitzen – Wassermangel ebenso wie Fluten. Anpassung an zunehmend erratische Niederschläge ist dringend nötig.



In Thailand gibt es häufig Überschwemmungen. 2011 war es besonders schlimm. Straßen wurden zu Flüssen, wie in diesem Ort westlich von Bangkok.

Der schwindende See

Aufgrund des Klimawandels und durch Übernutzung der Wasserressourcen schrumpft der Tschadsee. Die Folgen für Nigeria sind verheerend.

Von **Damilola Oyedele**

Als europäische Geografen den Tschadsee 1823 zum ersten Mal vermaßen, betrachtete man ihn als einen der größten Seen der Welt. Seitdem ist er um etwa 95 Prozent geschrumpft. Der Klimawandel zeigt hier seine ganze Zerstörungskraft. Zudem wird dem See zu viel Wasser entnommen, weil die Bevölkerung der Anrainerstaaten – Niger, Tschad, Kamerun und Nigeria – wächst.

Der Tschadsee versorgt rund 38 Millionen Menschen mit Wasser, obwohl seine Oberfläche von 25000 Quadratkilometern in den 1960er Jahren zu 4800 Quadratkilometern im Jahr 2014 geschrumpft ist. Auch seine Fischressourcen sind rückgängig: Trockenfisch, eine wichtige Proteinquelle für die Menschen der Region, wird immer teurer und seltener.

Der Rückgang des Sees hat verheerende Auswirkungen auf Nigeria. Die ungebildete Landbevölkerung in Nigerias Borno State konnte sich früher von Ackerbau ernähren, aber an vielen Orten sind nun weder Feldanbau noch Viehzucht möglich.

Manche der Betroffenen haben sich der islamistischen Miliz Boko Haram angeschlossen, die ihre Kämpfer bezahlt und damit hoffnungslose junge Leute anwirbt. Andere Menschen migrieren nach Süden, um dort ein Auskommen zu finden. Angesichts des umkämpften Arbeitsmarktes gelingt dies jedoch nur wenigen. Der schlimmste Schaden wird jedoch durch verzweifelte Viehhirten angeordnet, die mit ihren Tieren in Gegenden weiterziehen, wo sie früher nie hinkamen. Manche kommen sogar in die Gegend der Hauptstadt Abuja (siehe Kasten, S. 20).

Benue State ist als Nigerias Brotkorb bekannt. Die Distanz von dort bis zum Tschadsee beträgt mehr als 1000 Kilometer. Trotzdem ist Benue State stark von den häufigen Zusammenstößen zwischen Farmern und Viehhirten betroffen. Rund 3000 Menschen wurden dort zwischen 1989 und 2013

getötet, und mehr als 1200 starben zwischen April 2013 und Juli 2016, wie lokale Medien berichten.

GEFÄHRLICHE GLAUBENSVERBUNDENHEIT

Andere Staaten sind nicht davon ausgenommen. Im Dezember 2016 berichtete die katholische Diözese von Kafanchan in Kaduna State, dass dort 808 Menschen bei Zwischenfällen getötet und Ackererträge im Wert von \$ 18,5 Millionen zerstört wurden. Die Situation ist extrem angespannt, noch



Menschen überqueren einen Zufluss zum Tschadsee.

verstärkt dadurch, dass einige christliche Anführer den Gouverneur des Staates Nasir El-Rufai, einen Muslim, anschuldigen, sich auf die Seite der Viehhirten zu stellen, die größtenteils den Fulani angehören, einem vorwiegend muslimischen Stamm.

In Nigeria sind religiöse Zugehörigkeiten potenziell explosiv. Die Menschen des südlichen Kaduna sind meist Christen, aber der Norden des Landes ist vorwiegend muslimisch. Tatsächlich ist ganz Nigeria in einen vorwiegend christlichen Süden und einen meist muslimischen Norden gespalten. Manche Christen behaupten, die Hirten würden dadurch ermutigt, dass Präsident Muhammadu Buhari ein Fulani sei.

Gewaltsame Zusammenstöße sind für Nigeria nicht die einzige Konsequenz des allmählichen Austrocknens des Tschadsees.

Die UN hat vor Hungersnöten im nordöstlichen Nigeria gewarnt. Der Hauptgrund ist der Boko-Haram-Aufstand, der jedoch mit Fragen der Armut und Umweltschädigung verwoben ist. Die augenblicklich herrschende Nahrungskrise wird verschärft durch Wassermangel und Viehherden, die die Ernten zerstören.

Die Regierung reagierte mit dem Vorschlag, dass die Weiderouten, welche die Viehhirten in den 1960er Jahren über Land genutzt hatten, wiederbelebt werden sollten. Kritiker sagen jedoch, dies würde

nur die Probleme im Bezug auf Landbesitz verstärken, weil diese Weiderouten im dichtbesiedelten Land von heute nicht mehr existieren.

Andere schlagen vor, die Nomaden sollten nicht mehr mit ihrem Vieh umherziehen, sondern sesshafte Viehwirtschaft betreiben. Die große Frage ist natürlich, auf welchem Land diese Farmen eingerichtet werden sollen.

UMWELTPROBLEME

Sam Onuigbu leitet das Klimawandel-Komitee des Abgeordnetenhauses. Seiner Ansicht nach ist es notwendig, die Zusammenstöße anzugehen, aber es sei noch wichtiger, etwas zu unternehmen, um die zugrundeliegenden Umweltprobleme zu entschärfen.

Onuigbus Meinung nach engagiert sich die gegenwärtige Regierung durchaus dafür, den Klimawandel zu bekämpfen. Sie hat das Abkommen von Paris unterzeichnet und begonnen, entsprechende Politik zu entwickeln und umzusetzen.

Nicht alle zivilgesellschaftlichen Aktivisten sind jedoch davon überzeugt. Nnimmo Bassey, der die Stiftung „Health of Mother Earth Foundation“ leitet (und einen Essay beitrug über Ölförderung und Fischerei an Nigerias Küsten im D+C/E+Z e-Paper 2017/04, S.37), warnt, dass die meisten Reaktionen auf den Schwund des Tschadsees viel zu oberflächlich seien. Er hält eine konzertierte internationale Aktion, vor allem der Länder im Tschadbecken, für notwendig.

Laut Bassey ist das dringendste Anliegen, die Wassermenge des Sees zu erhöhen, was durch die Verbesserung

des Managements der gesamten Wasserscheide des Tschadbeckens möglich wäre. Dazu gehöre auch die Überprüfung des Managements der regionalen Vegetation, sagt er: „Wir müssen das Great Green Belt (Grüngürtel)-Projekt umsetzen, was nicht bedeutet, dass nur Bäume gepflanzt werden, wenn Fernsehkameras da sind, sondern dass ein ökologischer Korridor entwickelt wird, wo Bäume entscheidend sind.“ Die lokale Bevölkerung muss daran beteiligt werden, Bäume zu pflanzen und ihr Überleben zu sichern.

Bassey gibt zu, dass Nigerias aktuelle Regierung ein stärkeres Interesse an Umweltthemen zeigt als frühere. Trotzdem meint er, dass zu wenig zu spät getan wird.

Auf internationaler Ebene kommt Hilfe, um eine Hungersnot in der Tschadregion zu verhindern. Bei einem Gipfel in Oslo im Februar 2017 haben Geber fast

\$700 Millionen für humanitäre Belange in der Region für die nächsten drei Jahre versprochen. Nigeria und Tschad sind außerdem Vorreiter einer internationalen Kampagne, um \$50 Milliarden zu sammeln, damit der austrocknende See wieder gefüllt werden kann.

Laut der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) ist der Tschadsee eine „ökologische Katastrophe“, die zu noch gravierenden Folgen führen wird, wenn man nicht angemessen damit umgeht. Das sind schlechte Nachrichten für die Nigerianer.



DAMILOLA OYEDELE
ist leitende Korrespondentin der nigerianischen Zeitung *Thisday*. Sie lebt in Abuja, Nigeria.
damiski22@yahoo.com

Kühe im Maniok-Feld

Charles A. (Name geändert) hat sich darauf gefreut, auf seiner Farm in Gwagwalada nahe Abuja, Nigerias Hauptstadt, Maniok zu ernten. Er hatte bereits ein Abkommen mit einer Firma geschlossen, die den Maniok kaufen, daraus Pellets als Viehfutter herstellen und ins Ausland exportieren wollte. Als Zeichen des Vertrauens hatte die Firma A. eine Vorauszahlung überwiesen.

An einem heißen Nachmittag im Februar 2017 wurde A. jedoch alarmiert, dass Herden von Vieh auf seiner Maniok-Farm stünden und alle Pflanzen mit Stumpf und Stiel fräßen. Er eilte dorthin und wollte die Viehhirten zur Rede stellen. Doch seine Feldarbeiter hielten ihn zurück. Sie wussten, dass die Situation gefährlich war und in tödliche Gewalt ausarten konnte.

„Ich habe hilflos zugeesehen, wie sie meine Felder zerstörten; jetzt bin ich verschuldet.“ Der Bauer ist äußerst frustriert, dass so etwas überhaupt geschehen konnte. „Wir haben die Polizei gerufen, aber sie sagten, sie seien nicht für Vieh zuständig, und haben mir sogar geraten, mich nicht mit den Hirten anzulegen, damit ich nicht verletzt würde.“ Manche Viehnomaden sind bewaffnet. A.s Verluste betragen etwa \$32000.

„Die Regierung überredet junge Leute wie mich, in Landwirtschaft zu investieren, anstatt Bürojobs zu suchen“, sagt er, meint jedoch, er bekomme nicht ausreichend Unterstützung.

Für Nigerianer klingt seine Geschichte sehr vertraut. In vielen Teilen des Landes treiben Hirten hungriges Vieh auf



Hirten sind ebenfalls auf Wasserressourcen angewiesen: Viehmarkt in Kano State.

Felder, und immer wieder töten sie die Bauern, die sie daran hindern wollen.

Doch die nomadischen Hirten sind ebenfalls verzweifelt. Sie benötigen Weiden und Wasser für ihre Tiere, aber diese Ressourcen werden zunehmend

rar in den Regionen, in denen sie traditionellerweise unterwegs sind. Auch müssen sie sich und ihr Vieh vor Racheangriffen und Viehdieben schützen. All diese Probleme sind am sichtbarsten nahe dem Tschadsee, dessen Wasser allmählich schwindet.

Dürre ist die neue Normalität

Die Agrarpolitik in Ostafrika muss auf die Verfügbarkeit von Wasser abzielen. Die Region wird immer trockener, die Wasserversorgung kann nicht einfach dem Lauf der Natur überlassen werden. Eine Anpassung an den Klimawandel ist dringend nötig.

Von Belay Begashaw

In der Geschichte Afrikas gab es regelmäßig Dürren. Es ist ein natürliches Phänomen, das Katastrophen verursacht, Millionen von Menschen das Leben gekostet und enorme soziale, ökologische sowie wirtschaftliche Auswirkungen hat.

Ostafrika – vor allem das Horn von Afrika – sind besonders betroffen, und es wird immer schlimmer. Vor 50 Jahren gab es alle zehn Jahre, in den 1980er und 1990er Jahren alle fünf Jahre eine Dürre. Seit der Jahrtausendwende tritt sie jedes zweite Jahr auf. Viele Studien legen nahe, dass sich dieser Trend fortsetzen und verstärken wird.

In einigen Ländern sind die Durchschnittstemperaturen seit 1970 um etwa ein Grad gestiegen. Im Jahr 2011 erlitten laut UNEP 13 Millionen Menschen in Dschibuti, Eritrea, Äthiopien, Kenia und Somalia eine der schlimmsten humanitären Krisen in der jüngsten Geschichte. 2014, 2015 und 2016 beeinträchtigten Dürren in Äthiopien, Somalia und Kenia das Leben von mehr als 15 Millionen Menschen. In diesem Jahr traf eine extreme Trockenzeit alle oben er-

wähnten Länder und zusätzlich den Südsudan. UN-Vertreter sprechen erneut von einer Hungersnot.

Es ist merkwürdig, dass Dürrezeiten noch immer als etwas Außergewöhnliches betrachtet werden und man darauf meist unvorbereitet und unbeholfen reagiert. Diese Sichtweise muss sich ändern, denn: Dürre ist die neue Normalität. Die politischen Ansätze für die Region – und das gilt vor allem für deren Landwirtschaft – müssen auf diese Realität eingehen.

Die afrikanische Landwirtschaft nutzt hauptsächlich Regen zur Bewässerung und zeichnet sich durch geringen Input und geringe Erträge aus. Das führt dazu, dass die Menschen von der Hand in den Mund leben. Etwa 80 Prozent der sesshaften ostafrikanischen Farmer, die in Gebieten leben, wo es bis zu 1300 Millimeter Niederschlag gibt, betreiben Subsistenz-Landwirtschaft.

Traditionell spielen drei Faktoren eine Rolle: Land, Arbeitskräfte und Tiere (insbesondere Ochsen, Esel oder Kamele). Natürlich benutzen die Bauern auch einfache Werkzeuge. Dass die Felder Wasser brauchen, wurde in der Vergangenheit nicht weiter beachtet, denn Niederschläge waren menschlich nicht kontrollierbar.

Heutzutage muss Wasser oberste Priorität bekommen – auch bei Subsistenzfarmern. Entsprechend muss jegliche Art von Politik sich darum kümmern, dass Wasser

verfügbar ist. Sich darauf zu verlassen, dass die Natur die Dinge regelt, ist unverantwortlich.

Bewässerungssysteme würden viel bringen. Selbstverständlich sind auch diese von Regen abhängig, aber ein umsichtiges Wassermanagement, eine kompetente regionale Planung und eine sparsame Nutzung der verfügbaren Ressourcen würden helfen, den Regen optimal zu nutzen.

Allerdings werden sich Politiker und die lokalen Gemeinschaften den technischen Herausforderungen nicht stellen, solange sie den Klimawandel und dessen Bedeutung nicht anerkennen. In zur Trockenheit neigenden Gebieten müssen alle Verantwortlichen bei allem, was sie tun, die Wasserfrage im Blick behalten. Wenn sie das gewissenhaft tun, können sie Millionen von Menschenleben retten und humanitäre Katastrophen verhindern.

Auch Wissenschaftler und Forscher müssen ihren Teil beitragen. Agrarwissenschaftler und Züchter müssen Kulturpflanzen zur Verfügung stellen, die weniger Wasser benötigen. Von Technikern ist gefordert, dass sie sich massiv in Richtung Regenwasserspeicherung und kostengünstige Bewässerungsanlagen bewegen. Pathologen und Insektenforscher sollten auf neue Schädlinge und pathologische Stämme reagieren, die die geänderten klimatischen Verhältnisse und eingesetzten Mittel mit sich bringen.

Wichtig ist zudem, dass Multiplikatoren dafür gerüstet sind, Bauern – und womöglich auch Verbraucher – über all diese neuen Entwicklungen zu unterrichten. Auch passende Ernte- und Viehver sicherungen könnten in dieses neue Produktionssystem integriert werden. Dabei sind auch Hirtenvölker und deren Herden nicht zu vernachlässigen.

Dürren können nicht länger als außergewöhnliche Katastrophen betrachtet werden. Da Ostafrika mittlerweile ganz offensichtlich eine Gegend ist, in der es wenig Niederschlag gibt, muss sich die Region an den Klimawandel anpassen. Da gibt es keine Alternative.

Dürren führen in Äthiopien häufig zu Missernten.



BELAY BEGASHAW
ist Direktor des
afrikanischen Sustainable-
Development-Goals-
Zentrums (SDGC/A)

in Kigali, Ruanda.

bbegashaw@sdgcafrica.org

Nach uns die Sintflut?

Im Wasserkreislauf ist der Klimawandel besonders spürbar. Die globale Erwärmung verändert die Rate der Verdunstung in den Ozeanen und beeinflusst die Häufigkeit und Intensität von Regenfällen. Die Folge sind Extremereignisse, die häufig durch den Menschen noch zusätzlich verstärkt werden – zum Beispiel durch Abholzung. Vielerorts leiden Menschen und Ökosysteme darunter, dass entweder zu viel oder zu wenig Wasser verfügbar ist.

Von Daniel Nordmann und Till Below

Das Weltwirtschaftsforum zählt die sich abzeichnende Wasserkrise und das Scheitern von Klimaanpassungsmaßnahmen zu den größten globalen Risiken für die Weltwirtschaft und für die Stabilität von Gesell-

schaften. Bei neun von zehn Katastrophen in der Welt spielt Wasser inzwischen eine Rolle. Im Jahr 2030 werden schätzungsweise 40 Prozent der städtischen Gebiete hohen Hochwasserrisiken ausgesetzt sein.

Allerdings sind nicht alle Menschen gleichermaßen davon betroffen. Klimawissenschaftler gehen davon aus, dass Südasien, Subsahara-Afrika, aber auch Südamerika – also in erster Linie Schwellen- und Entwicklungsländer – stärker gefährdet sind als andere Regionen. Und in diesen Ländern sind wiederum arme Bevölkerungsgruppen besonders betroffen, zum Beispiel, weil sie in informellen, überflutungsgefährdeten Siedlungen in Tal- und Hanglagen leben.

Im Klimaabkommen von Paris haben die Regierungen von mehr als 190 Ländern

die Antwort auf diese Herausforderungen formuliert. Die Anpassung (Adaptation) an die Folgen des Klimawandels ist als gleichberechtigtes Ziel neben Minderung von Treibhausgasen (Mitigation) in dem Abkommen verankert. Klimaanpassung dient dazu, die negativen Auswirkungen klimatischer Veränderungen zu vermeiden oder zu verringern. Zudem nutzt Anpassung Potenziale, die durch den Klimawandel entstehen. Ein Beispiel hierfür ist die Nutzung von lokal zunehmenden Niederschlägen für das Auffüllen von Grundwasserspeichern, die in Dürrezeiten als Reserve dienen.

Auch die Sustainable Development Goals (SDGs) berücksichtigen Anpassung, nachhaltiges Wassermanagement und die Vorsorge für wasserbezogene Katastro-



Nicht nur halb Thailand stand im Herbst 2011 unter Wasser, sondern auch der Markusplatz in Venedig.

phen. Zahlreiche Schwellen- und Entwicklungsländer räumen der Anpassung im Wasserbereich in den national festgelegten Beiträgen (Nationally Determined Contributions – NDC) Gewicht ein.

Wasser spielt also für die Anpassung an den Klimawandel sowie nachhaltige Entwicklung eine Schlüsselrolle. Aber wie kann das Thema besser in der Planung und Umsetzung entwicklungspolitischer Maßnahmen verankert werden, und was zeichnet ein gutes Anpassungsprojekt im Wasserbereich aus?

NEUER ZWECK

Rotterdam im Mai 2016. Auf der Weltkonferenz für Anpassung an den Klimawandel präsentiert Wim Kuijken, der Vorsitzende der niederländischen Deltakommission – eines von der Regierung ernannten Expertengremiums für Hochwasser- und Küstenschutz –, sein Paradebeispiel für erfolgreiche Anpassung an den Klimawandel: die Renaturierung der Auenlandschaft des Flusses Waal. Damit ist die Stadt Nimwegen für kommende Jahrhunderthochwasser besser gewappnet, und darüber hinaus ist ein attraktives Naherholungsgebiet entstanden, das zwei Naturschutzgebiete miteinander verbindet.

Bei vielen Anpassungsmaßnahmen handelt es sich um bewährte Lösungen für altbekannte Probleme – wie die Renaturierung von Flüssen. Völlig neue Erfindungen sind eher die Ausnahme. Manche Fachleute argumentieren daher, dass Anpassung an den Klimawandel nichts Neues sei und man sich lieber auf nachhaltige Lösungen für konventionelle Probleme konzentrieren sollte.

Bei Anpassungsmaßnahmen steht allerdings ein neuer Zweck im Mittelpunkt: die Verwundbarkeit von und Risiken für Mensch und Natur im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu verringern. Der entscheidende Unterschied zu herkömmlichen Lösungen ist daher die „Anpassungshypothese“: die zugrundeliegende Annahme, wie eine Aktivität zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels oder zu der Nutzung von damit verbundenen Potenzialen beiträgt.

Die Formulierung einer Anpassungshypothese ist für die Erfassung der Wirkungen unverzichtbar, aber auch, um ein Vorhaben international als Beitrag zu den Zielen des Pariser Abkommens geltend

machen zu können. Folglich hängt auch der Zugang zu Fonds für Anpassungsmaßnahmen davon ab. Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass Projekte, die auf einer Vulnerabilitäts- oder Risikoanalyse fußen, in der Regel bessere Wirkungen erzielen.

Ein Hindernis bei der Waal-Renaturierung in Nimwegen war, dass es lange Zeit keinen Austausch zwischen den Fachleuten der Wasserbehörde und den Raumplanern auf lokaler und zentraler Ebene gab. Diese Abschottung von Behörden untereinander ist auch in anderen Ländern weit verbreitet. Noch immer werden Anpassungsmaßnahmen häufig als alleinstehende Umweltprojekte umgesetzt.

Für eine systematische Verankerung von Anpassung in allen Bereichen des Wassermanagements fehlen federführenden Ressorts häufig die Unterstützung von höchster politischer Ebene und die institutionellen Kapazitäten. So entstanden in der Vergangenheit in der umweltpolitischen Nische viele Einzelmaßnahmen mit sehr begrenzter Reichweite und Nachhaltigkeit.

Im Klimaabkommen von Paris sind alle Länder aufgefordert, dieses „Silodenken“ zu überwinden und eine nationale Anpassungsplanung vorzunehmen. Sie soll Aktivitäten bündeln, das Zusammenspiel der Sektoren fördern und das sogenannte Mainstreaming von Anpassung auf allen Ebenen ermöglichen. Wichtig ist zudem die umfassende Beteiligung von Entscheidungsträgern aus allen Bereichen der Gesellschaft.

INNOVATIVE KONZEPTE

Die frühzeitige Einbindung betroffener Unternehmen und lokaler Wissenschaftler ist dabei besonders vorteilhaft. Sie hilft, die Anpassungskosten ins Verhältnis zu dem erwarteten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen zu setzen. Gerade Schwellen- und Entwicklungsländer haben auf diesem Weg schon wichtige Erfolge erzielt.

Dass es einen Mehrwert bringt, das klassische Integrierte Wasserressourcenmanagement (IWRM) durch eine Anpassungsperspektive zu ergänzen, zeigen zwei Beispiele aus Thailand und Albanien (s. Kästen, S. 26 und 27). Beide Länder kombinieren konventionellen Hochwasserschutz mit innovativen Konzepten, die beispielsweise Ökosysteme für die Vorsorge nutzen.

Die Betroffenen werden einbezogen, und Fachleute unterschiedlicher Diszipli-

nen und Einrichtungen arbeiten eng zusammen, auch grenzüberschreitend. Um akzeptiert zu werden und nachhaltig zu wirken, müssen die geplanten Maßnahmen in die bestehenden Pläne und Budgets aller beteiligten Ressorts integriert werden. In Zukunft wird es noch stärker darum gehen, nachhaltige Umsetzungserfolge messbar zu machen. So können sich die betroffenen Länder auch international klimapolitisch positionieren.



DANIEL NORDMANN
arbeitet als Fachplaner im Kompetenzcenter Wasser, Abwasser, Abfall der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH.
daniel.nordmann@giz.de



TILL BELOW
arbeitet als Fachplaner für Anpassung an den Klimawandel im Kompetenzcenter

Klima und Umweltpolitik der GIZ.
till.below@giz.de

Die Autoren danken Roland Treitler, Leiter des Vorhabens Verbessertes Extremereignis-Management durch ökosystemare Anpassung in Wassereinzugsgebieten in Thailand, sowie Gerrit Bodenbender, Leiter des Vorhabens Anpassung an den Klimawandel im grenzüberschreitenden Hochwasserrisikomanagement im Westlichen Balkan, und seiner Mitarbeiterin Merita Meksi für die Mitwirkung an den Kästen auf den Seiten 26 und 27.

REFERENZEN

- Weltbank, 2016: High and dry – climate change, water, and the economy.
GIZ, 2014: Flood risk management – an increasing challenge for international cooperation.
Weltbank, 2015: Disaster risk, climate change, and poverty assessing the global exposure of poor people to floods and droughts.
WMO/UNEP, 2008: Climate change and water. Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC Technical Paper VI.
Güneralp, B., Güneralp, I., und Liu, Y., 2015: Changing global patterns of urban exposure to flood and drought hazards. *Global Environmental Change* 31, 2015, 217–225.
World Economic Forum, 2016: The Global Risks Report 2016 – 11th Edition.

Dokumentation durch Drohnen

Thailand zählt zu den Ländern, die am stärksten vom Klimawandel bedroht sind. 2011 gab es in dem südostasiatischen Schwellenland die größten Überschwemmungen seit Jahrzehnten. Nach ungewöhnlich lang anhaltenden, starken Regenfällen war fast ein Zehntel der Landesfläche überflutet.

Mehr als 13 Millionen Menschen waren von dem „Jahrhunderthochwasser“ betroffen, und es entstand ein Schaden von geschätzten \$ 40 Milliarden. Auch außerhalb des Landes waren die Folgen spürbar: So mussten mehr als 9 000 Fabriken zeitweise schließen, wodurch sich unter anderem die Weltmarktpreise für Computerfestplatten verdoppelten.

Erfahrungen weltweit zeigen, dass konventionelle

Ansätze, um die Auswirkungen von Hochwasserereignissen abzumildern – wie Deichbau und Flutpolder –, kostspielig und häufig unzureichend sind. Extremereignisse, die durch den Klimawandel verstärkt werden, bedürfen spezieller Herangehensweisen.

Erfolgversprechend sind Anpassungsmaßnahmen, die auf das Ökosystem abzielen (Eco-system based Adaptation – EbA). Sie nutzen die Leistungen von Ökosystemen wie Flussauen, Wälder oder Feuchtgebiete für die Anpassung an den Klimawandel und für die Gesellschaft, zum Beispiel für die Wasserspeicherung.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) unterstützt

die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) daher die thailändische Regierung darin, ökosystembasierte Maßnahmen zu verbreiten. Großes Potenzial besteht in der Bewirtschaftung von Flusseinzugsgebieten, aber auch in der Bewässerung.

Anpassungsprojekte wie dieses sind ein höchst politisches Unterfangen, bei dem es immer auch um Interessensausgleich geht. Für die Umsetzung naturnaher Anpassungsmaßnahmen werden zum Beispiel Flächen benötigt, die bisher anderweitig genutzt werden. Den Bauern oder privaten Unternehmen gehen Nutzungsflächen und Einkommensquellen verloren. Aus Sicht der Zivilgesellschaft hingegen werden Ökosysteme geschützt und die Lebensqualität und Sicherheit verbessert.

Umsichtige Kommunikation und die Akzeptanz von Anpassungsmaßnahmen in der Bevölkerung sowie bei Interessengruppen sind daher von zentraler Bedeutung. Das Gleiche gilt für die Kooperation unterschiedlicher Behörden, die für Bewässerung, Forstwirtschaft und Wassermanagement zuständig sind. Amart Suthamcharat, Leiter des Amtes für Wasserressourcenmanagement im Umweltministerium, sagt: „Es ist wichtig, dass die verantwortlichen Stellen eine integrierte Planung für nachhaltiges Wassermanagement entwickeln, die über ihren jeweiligen individuellen Auftrag hinausgeht.“

Eine möglichst große Flexibilität ist notwendig. Diese wird unter anderem durch eine

Steigerung von Wasserspeicherkapazitäten erreicht, die sowohl in Dürrezeiten dienlich ist als auch die negativen Auswirkungen von Überschwemmungen abfedert. So wurde beispielsweise eine Sedimentierungsfalle im Oberlauf eines Wasserreservoirs im Einzugsgebiet des Flusses Huai Sai Bat in Nordostthailand eingerichtet, mit der die Sedimenteinträge im Rückhaltebecken signifikant reduziert und somit die Wasserspeicherkapazität erhöht wurde.

Die Betroffenen waren in alle Schritte eingebunden, und die Bevölkerung trug die Maßnahme mit, obwohl sie für Einzelne durch Landnutzungsverlust wirtschaftliche Einschnitte bedeutete. Für die Allgemeinheit steht jetzt mehr Wasser zur Bewirtschaftung der Ländereien zu Verfügung, und die regionale Wirtschaft profitiert davon.

Diese neue, interdisziplinäre Form des Wassermanagements ermöglicht auch innovative Spielfelder. In Thailand wurde ein Monitoringsystem mit Drohnen aufgebaut. Eine lokale Universität überfliegt im wissenschaftlichen Auftrag regelmäßig Gebiete, in denen Auenlandschaften wiederhergestellt und Feuchtgebiete geschützt werden. So visualisiert und dokumentiert sie die positiven Auswirkungen der Maßnahmen. Diese Erfahrungen in der lokalen Klimaanpassung werden mit Unterstützung der GIZ in die nationale Anpassungsstrategie Thailands eingebracht, damit zukünftige Hochwasser und Dürren weniger Schaden anrichten.

Im Jahr 2011 setzte ein Jahrhunderthochwasser große Teile Thailands unter Wasser.



Risikokarten zugänglich machen

Das Drin-Buna-Tiefland in der Region Shkodra im Nordwesten Albanien ist anfällig für starke Überschwemmungen. Sie traten in den vergangenen Jahren regelmäßig auf und werden aufgrund der klimatischen Veränderungen in der Region in ihrer Häufigkeit und Intensität zunehmen.

Große Überschwemmungen in den Jahren 2010 und 2013 führten zu hohen wirtschaftlichen und ökologischen Verlusten, von denen sich die Region bis heute nicht erholt hat. Allein das Hochwasser im Dezember 2010 verursachte wirtschaftliche Schäden in Höhe von mehr als 60 Millionen Euro. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung der ländlichen Gebiete und ein Viertel der Menschen in der Stadt Shkodra waren direkt von den Überschwemmungen betroffen. Ohne ausreichende Anpassung an das steigende Hochwasserrisiko dürften soziale, ökonomische und gesundheitliche Schäden in Zukunft noch weiter zunehmen.

Neben einzelnen baulichen Maßnahmen legen die albanischen Behörden den Schwerpunkt auf Information, Frühwarnung, Prävention und Raumplanung. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) berät die Regierungen von Albanien, Montenegro, Kosovo und Mazedonien im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu

klimasensiblen Hochwasserrisikomanagement.

In den betroffenen Gebieten in und um die Stadt Shkodra haben Arbeitsgruppen aus nationalen und lokalen Verwaltungen, Hochschulen, Rettungsdiensten, Energieversorgern und NGOs einen regionalen und acht lokale Hochwasserrisikomanagementpläne erarbeitet, immer unter Beteiligung der Bevölkerung. Das deutsche Projekt hat die Akteure dabei unterstützt, geleitet von den Grundsätzen der EU-Hochwasserrichtlinie.

Der Plan umfasst den gesamten Zyklus von der Vorsorge über das Katastrophenmanagement bis zum Wiederaufbau. Er stellt einen integrierten und umfassenden Ansatz dar, indem er die Bedeutung der Klimainformation einbezieht und kritische Lücken in der Landnutzungs- und regulatorischen Rahmenbedingungen berücksichtigt, die für das klimasensible Hochwassermanagement entscheidend sind.

Ein wichtiger Bestandteil des Plans sind Risikokarten für Hochwasser, die besonders gefährdete Gebiete sichtbar machen. Diese sind nun zum ersten Mal öffentlich zugänglich. Um den Flüssen mehr Raum zu geben, suchen die Kommunalverwaltungen nach Möglichkeiten zur Wiederherstellung von Überflutungsflächen. Außerdem entwickeln sie Anpassungsmaßnahmen, um Gefahren für Menschen, Umwelt, wichtige kulturelle Ein-



Die Bevölkerung in den Überschwemmungsgebieten ist auf genaue und schnelle Informationen angewiesen, zum Beispiel über kritische Pegelstände, die automatisch oder manuell erfasst werden.

richtungen und Unternehmen zu vermindern.

In der Stadt Shkodra wurde der neu gegründete Katastrophenschutzdienst mit Werkzeugen ausgestattet und ausgebildet, um auf Hochwasserereignisse schnell reagieren zu können. Sensibilisierungskampagnen bringen den Menschen näher, wie man sich angemessen vor und bei Hochwasserereignissen verhält.

Das Projekt unterstützt darüber hinaus die Gründung eines grenzüberschreitenden Hochwasservorhersagesystems im Drin-Becken. Die nationalen hydrometeorologischen Dienste von Albanien, Montenegro, Kosovo und Mazedonien tauschen Daten in Echtzeit aus. In naher Zukunft werden die zuständigen Behörden in den Hochwassergebieten rund um Shkodra in der Lage sein, die Bevölkerung frühzeitig vor einer Flut zu warnen. Rettungsdienste haben mehr Zeit, sich

auf Risikosituationen vorzubereiten.

Laut dem stellvertretenden Bürgermeister von Shkodra, Arben Gjuraj, war die Beteiligung der Bevölkerung ein Schlüssel für den Erfolg. „Learning by doing und die Anpassung der EU-Planungspraxis an die lokalen Bedingungen und Anforderungen stellen einen weiteren dauerhaften Lerneffekt für meine Mitarbeiter dar“, sagt Gjuraj. Die stellvertretende albanische Umweltministerin, Oljana Ifti, bezeichnete die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen der staatlichen Verwaltung bei der Präsentation des Plans als wichtigsten Erfolgsfaktor.

Derzeit unterstützt das Projekt die Gemeinden dabei, die Hochwasserrisikokarten zu aktualisieren und ausgewählte Anpassungsmaßnahmen wie die Instandhaltung von Entwässerungskanälen umzusetzen.

„Jeder Bauer braucht ein gutes Klo“

Wo Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäreinrichtungen haben, verbreiten sich Krankheiten leicht. Ibrahim Awol, stellvertretender Leiter der Gesundheitsbehörde des äthiopischen Distrikts Meskan mit rund 200 000 Einwohnern, beschreibt im Interview die größten Herausforderungen für die Landbevölkerung und welche Fortschritte in den vergangenen Jahren erzielt wurden.

Ibrahim Awol im Interview mit Katja Dombrowski

Warum sind sauberes Wasser und Sanitärversorgung so wichtig für die Kontrolle von Krankheiten?

Wasser ist einfach grundlegend. Ohne sauberes Wasser ist Körperhygiene unmöglich, und Krankheiten verbreiten sich schnell. Auf dem Land ist Durchfall das größte Problem. Aber wir haben beispielsweise auch mit Typhus und mit Trachom zu kämpfen, einer ansteckenden Augenkrankheit.

Was tun Sie dagegen?

Bei der Krankheitsbekämpfung konzentriert sich das äthiopische Gesundheitsministerium auf drei Bereiche: Mutter- und Kindgesundheit, Hygiene und Sanitärversorgung und Kontrolle ansteckender Krankheiten. Vor acht Jahren haben wir begonnen, im gesamten Distrikt lokale Gesundheitshelfer einzusetzen, die die Menschen zu Hause besuchen und klinische Dienste in Gesundheitszentren anbieten. Seitdem ist unter anderem die Kindersterblichkeit zurückgegangen.

Was sind denn die größten Herausforderungen in dieser Gegend in Bezug auf Wasser und Sanitärversorgung?

Es gibt nicht genügend Brunnen. Gemäß dem Standard der Weltgesundheitsorganisation sollte jeder Haushalt Zugang zu einer sicheren Wasserquelle in höchstens 1,5 Kilometern Entfernung haben. Derzeit trifft das nur auf 68 Prozent der Haushalte in Meskan zu. Außerdem sollten zwei Gesundheitshelfer für höchstens 5000 Menschen zuständig sein,



Im Distrikt Meskan haben nur sehr wenige Menschen ein gutes Plumpsklo (links). Die meisten haben ein traditionelles (rechts), während 43 Prozent der Haushalte gar kein Klo haben.

und auch dieses Soll erfüllen wir noch nicht. Der Bau von Latrinen ist auch ein großes Problem. Nur 57 Prozent der Haushalte haben überhaupt irgendein Klo, während nur sehr wenige eine gute Latrine haben, die tiefer und besser geschützt ist und einen Deckel hat. Außerdem: Nicht alle Dorfbewohner, die ein Klo haben, benutzen es auch.

Warum nicht?

Sie sind es nicht gewohnt. Das ist eine Frage von Tradition und Kultur. Aber wir bringen den Bauern die Vorteile von Latrinen näher. Unser Ziel ist es, von der Gewohnheit, sich auf dem Feld oder im Busch zu erleichtern, ganz wegzukommen. Die Gesundheitshelfer haben 789 Freiwillige aus den Dörfern ausgebildet, die sogenannte Gesundheitsarmee, und die wiederum klären die Menschen vor Ort auf.

Sind denn Fortschritte zu verzeichnen, seit das Programm läuft?

O ja, Vieles hat sich verbessert. Vor vier Jahren, als die Initiative begann, hatten sogar nur 18 Prozent der Bauern ein Klo. Durch den Einsatz der Gesundheitshelfer hat sich die Mutter- und Kindgesundheit verbessert, und die Kindersterblichkeit ist zurückgegangen. Die Haupttodesursache für Kinder unter fünf Jahren ist Lungenentzündung; früher starb rund ein Drittel der betroffenen Kinder, jetzt sind es 12 Prozent. Bei Durchfall, der zweithäufigsten Todesursache, verbesserte sich der Wert von 30 auf 20 Prozent. Das kommt daher, dass die Familien ihre Kinder jetzt ins Gesundheitszentrum bringen, wenn sie krank sind. Auch ein Drittel der Geburten findet nun in einer Gesundheitseinrichtung statt. Vor acht Jahren waren es nur vier Prozent. Die Impfrate



Brunnen im Distrikt Silti, gebaut von GTM.

Kein Wasser, keine Hygiene

In Teilen Äthiopiens schafft es die Regierung nicht, grundlegende Dienstleistungen wie ausreichende Gesundheitsversorgung und Zugang zu sauberem Wasser zur Verfügung zu stellen. Lokale NGOs versuchen mit der Unterstützung internationaler Geber, die Lücken zu füllen.

Die Christoffel-Blindenmission (CBM), eine christliche NGO aus Deutschland, unterstützt das Trachom-Programm von Garbet Tehadiso Mahber (GTM), einer NGO in der Southern Nations Nationalities and Peoples Region. Sie entstand 1996 mit dem Ziel, Menschen mit Behinderung und Augenproblemen zu helfen. Trachom ist die häufigste infektiöse Ursache für Erblindung. Sie gehört zu den vernachlässigten Tropenkrankheiten nach Definition der Weltgesundheitsorganisation (s. E+Z/D+C e-Paper 2016/11, S. 14). In Äthiopien ist sie weltweit am meisten verbreitet.

Die ansteckende Krankheit tritt vor allem in armen, ländlichen Gegenden auf und trifft vor allem Kinder und Frauen.

Im Kampf gegen Trachom folgt GTM der sogenannten SAFE-Strategie. Sie besteht aus:

- Surgery: der Operation von Trichiarsis, dem fortgeschrittenen Stadium von Trachom, das durch wiederholte Infektionen ausgelöst wird und zu Sehschwierigkeiten und Blindheit führt,
- Antibiotics: die Behandlung mit und die Massenverteilung von Antibiotika zur Eindämmung der Krankheit,
- Facial cleanliness: Gesichtshygiene und
- Environmental improvements: Umwelthygiene, um die Übertragungswege zu reduzieren.

An fünf Tagen der Woche fahren vier Teams von GTM in abgelegene Dörfer, um die Menschen aufzuklären, Trachom zu behandeln und Augenoperati-

onen vorzunehmen – selbst in den einfachsten Gesundheitszentren, die weder Strom noch Wasser haben. Alles, was die Teams brauchen, bringen sie selbst mit, von Sechststafeln bis zu sterilem OP-Besteck.

Doch solange die Menschen ihr Verhalten nicht ändern, bringt die Behandlung in Gegenden mit hoher Prävalenz wenig. Deshalb verstehen die GTM-Mitarbeiter ihre Aufgabe vor allem darin, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu schärfen. Die Bakterien sitzen in der Tränenflüssigkeit und Nasenschleimhaut. Wenn viele Menschen im selben Bett schlafen, dasselbe Stück Stoff benutzen, um Gesicht und Hände abzuwischen – vor allem von Kindern – und ihr Gesicht nicht mehrmals am Tag mit Seife waschen, breitet sich Trachom rasch aus. Auch Fliegen sind Überträger.

„Sauberes Wasser ist die grundlegende Voraussetzung“, sagt der Arzt und GTM-Gründer Redda Teklehaimanot. Ohne Wasser sei persönliche Hygiene ein Ding der Unmöglichkeit. Doch wenn Wasser knapp ist oder es viel Mühe kostet, es von weither zu holen, benutzen die Menschen es ausschließlich als Trinkwasser und nicht zum Waschen. Da es in vielen Projektgebieten keine ausreichende Versorgung gibt (s. Interview), baut die NGO im Rahmen ihres Trachom-Projektes auch Brunnen. „Zunächst identifizieren wir mit Hilfe der örtlichen Behörden Dorfgemeinschaften mit Wasserproblemen“, erklärt Wubante Yalew von CBM Äthiopien. „Wir reden mit den Wasserbehörden der Distrikte, die Karten über die Versorgungssituation haben, und wir reden mit den Leuten selbst.“ Diese

beteiligen sich am Brunnenbau, etwa indem sie das Loch mit bis zu sechs Metern Tiefe von Hand graben und Betonringe einlassen, wenn es fertig ist. Sie stellen auch Baumaterial wie Steine oder Sand. Die Brunnen sind geschlossen, um sie vor Verunreinigung zu schützen, und sie verfügen über langlebige Handpumpen.

„Nach der Fertigstellung übergeben wir die Brunnen an den Distrikt“, sagt Wubante Yalew. Dessen Mitarbeiter desinfizieren das Wasser regelmäßig mit Chlor und kümmern sich um die Instandhaltung. Den Wasserverbrauch kontrollieren die Gemeinschaften selbst. „Sie legen Regeln fest, die sich am Potenzial des jeweiligen Brunnens orientieren.“ In der Regenzeit kann jede Familie beispielsweise 40 bis 60 Liter am Tag entnehmen, während es in der Trockenzeit nur für 20 bis 30 Liter reicht. Das Wasser selbst kostet nichts, aber jeder Haushalt zahlt einen kleinen Betrag von durchschnittlich 65 Birr (2,60 Euro) im Jahr für Instandhaltung und kleine Reparaturen und um ein gewähltes Mitglied aus ihrer Mitte zu bezahlen, das den Brunnen bewacht.

In der Nähe jedes Brunnens baut GTM auch ein gutes Plumpsklo. Zum einen wird so die Umgebung sauber gehalten, was wichtig ist, damit das Wasser sauber bleibt. Zum anderen dient es als Modell, nach dem die Bauern ihre eigenen Klos bauen können. Das Ziel ist, dass jeder Haushalt ein gutes Klo auf dem eigenen Grundstück hat.

Katja Dombrowski

LINK

CBM: <http://www.cbm.org>

ist ebenfalls stark gestiegen. Die Impfkampagne der Regierung gegen Rotaviren trägt auch zur Verringerung der Sterblichkeit bei.

Was muss passieren, damit alle Menschen in Ihrem Distrikt eines Tages Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen haben?

Nun, wir müssen weiterarbeiten. Wir brauchen mehr Brunnen, damit jeder Haushalt sicheres Wasser in zumutbarer Entfernung hat. Und jeder Bauer braucht ein gutes Klo.

Was kostet denn eine solche modellhafte Latrine, und zahlen Sie den Leuten Zuschüsse, um sie zu bauen?

Der Bau einer guten Latrine kostet 2500 Birr (rund 100 Euro). Wir geben keine finanzielle Unterstützung, aber wir haben junge Männer aus den Dörfern angelernt, wie man Deckel aus Zement herstellt, und die helfen den Bauern dabei. Es ist ein Marketingprogramm für die Sanitärversorgung. Für die jungen Männer ergibt sich dadurch auch eine Jobmöglichkeit: Sie bekommen Start-up-Kapital als Darlehen, um ein eigen



nes Business mit der Herstellung dieser Klo-deckel aufzumachen.

Gibt es in dem Bereich auch Unterstützung durch Geber oder NGOs?

Ja, es gibt lokale NGOs wie GTM (s. Kasten, S.29), die mit Hilfe internationaler Geber zum Beispiel sichere Trinkwasserbrunnen bauen, und das ist sehr hilfreich. Dann ist da noch das nationale One-WASH-Programm, das von der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank unterstützt

wird. Im Rahmen dieses Programms bauen wir jetzt in einer Stadt öffentliche Latrinen in der Nähe des Marktes und des Busbahnhofs. Unser größtes Problem ist das Budget – wie in vielen afrikanischen Ländern.



IBRAHIM AWOL
ist stellvertretender Leiter der Gesundheitsbehörde von Meskan.



Besuchen Sie unsere Website unter www.EundZ.eu



Geldfragen

Allen Menschen bis 2030 sauberes Wasser und Sanitärversorgung verfügbar zu machen, ist das sechste Nachhaltigkeits-Entwicklungsziel (Sustainable Development Goal – SDG). In Malawi, einem Binnenland mit 17 Millionen Einwohnern, muss noch viel geschehen. Erfolg hängt vom Geld internationaler Geber ab, die aus gutem Grund Mittel nur noch über regierungsunabhängige Organisationen ins Land fließen lassen.

Von Raphael Mweninguwe

Malawi ist eins der ärmsten Länder der Welt. Der Weltbank zufolge betrug die Wirtschaftsleistung pro Kopf 2015 lediglich 340 Dollar und etwas mehr als die Hälfte aller Einwohner lebte unterhalb der nati-

tärischen Konflikt erlebt. Dennoch bleibt die ökonomische und soziale Entwicklung enttäuschend. Viele Malawier sind zu Armut verurteilt. Experten machen die Politik für wirtschaftliche und soziale Probleme verantwortlich, und die meisten Malawier sehen das auch so. Zugang zu sauberem Wasser und ausreichender Sanitäreinrichtungen haben längst nicht alle.

TIEFE FRUSTRATION

„Wie kann ein Land das Ziel erreichen, wenn seine Politiker die Leute bestehlen, denen zu helfen sie vorgeben?“, fragt sich Alexander Phiri. Der Vater von drei Kindern lebt in Mtandile, einem Slum im Zentrum der Hauptstadt Lilongwe. Die meis-

nicht sicher sind. Wasserkioske verkaufen zwar Trinkwasser, doch die Preise sind für die meisten Familien unerschwinglich.

Schuldig sind in Phiris Augen die Politiker. „Sie stehlen Steuergelder auf Kosten der Armen.“ Der Familienvater bezieht sich auf den „Cash-Gate“ genannten Skandal von 2013, als bekannt wurde, dass Kabinettsmitglieder und deren Partner sich mit Millionen Dollar aus der Staatskasse bereicherten. Als Konsequenz stoppten multilaterale und bilaterale Geldgeber wie die EU, die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank, Deutschland, Norwegen, die USA, Britannien und andere die Budgethilfe, mit der sie den malawischen Staatshaushalt unterstützt hatten. Zusammen hatten sie etwa 40 Prozent des Haushalts finanziert.



Viele Menschen holen ihr Trinkwasser aus Flüssen.

onalen Armutsgrenze. Malawi hat seit der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht 1964 keinen ernsthaften mili-

ten Menschen hier haben weder Zugang zu sauberem Wasser noch zu richtigen Toiletten. Sie holen ihr Wasser aus Brunnen, die

Das Ende der Budgethilfe hatte ernsthafte Auswirkungen auf Bildungs- und Gesundheitswesen, einschließlich der Was-

ser- und Sanitärversorgung und Hygiene (water, sanitation and hygiene – WASH). Die größten Versorgungslücken sind wahrscheinlich in der Sanitärinfrastruktur aufgerissen. Das Wort „Toilette“ klingt schmutzig, sodass Politiker sich lieber mit anderen Themen profilieren. Weil Malawis Institutionen nie große Summen in diesen Bereich investiert haben, ist Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) hier besonders wichtig. Im Finanzjahr 2014/15 betrug die Regierungsausgaben hierfür nur 1,1 Millionen Dollar.

Gesundheitsminister Peter Kumpalume zufolge hat die Regierung nicht das Geld für alle notwendigen Sanitärprogramme. Die Folgekosten beziffert er allerdings auch auf 12 Millionen Dollar, die nur deshalb für Medikamente gebraucht würden, weil sich Krankheiten wegen ungenügender sanitärer Einrichtungen verbreiteten. Kumpalume setzt in dieser Angelegenheit auf nichtstaatliche Organisationen (non-governmental organisations – NGOs). Er nennt sie „Partner, die mit uns arbeiten, um die Probleme der Sanitärversorgung zu lösen.“

Tatsächlich engagieren sich in vielen Dörfern Malawis zivilgesellschaftliche Organisationen in WASH-Angelegenheiten. United Purpose (UP), eine internationale NGO, die früher Concern Universal hieß, hat beispielsweise von der Britischen Regierung und UNICEF Geld für WASH-Programme in den Distrikten Kasungu und Dowa bekommen. 420 000 Menschen leben dort, und in 1800 Dörfern müssen die Menschen sich nun nicht mehr im Freien – ohne Toilette – entleeren.

Laut Heather Campbell, UP-Managerin in Malawi, wurden 714 Brunnen gegraben, von denen 42 Schulen versorgen. Campbell sieht, was Sanitärversorgung und Hygiene angeht, „bemerkenswerten Fortschritt“, seit die NGO 2013 die Arbeit aufnahm.

Es gibt in der Tat langfristigen Fortschritt. Laut der internationalen NGO WaterAid nutzten 2012 bereits 88 Prozent der malawischen Bevölkerung einfache und zehn Prozent technisch ausgereifte Toiletten. Von 1990 bis 2012 sank der Anteil der Menschen, die sich im Freien entleeren, von 19 Prozent auf 7 Prozent. Der Finanzierungseingpass nach Cash-Gate hat die

Entwicklung aber gebremst. Heute kommt rund 80 Prozent des Geldes, das in den WASH-Sektor investiert wird, über internationale und lokale NGOs von internationalen Gebern.

Persönliche Hygiene ist selbstverständlich auch wichtig. Nur 37 Prozent der Bevölkerung praktizieren sie Studien zufolge in ausreichendem Maß. Laut WaterAid haben nur vier Prozent der Schulen Malawis Waschbecken und stellen Seife bereit. Auch in anderen öffentlichen Einrichtungen wie Märkten und selbst Gesundheitseinrichtungen sind Hygienestandards niedrig.

GESAMTAFRIKANISCHE HERAUSFORDERUNG

Malawi hat internationale Abkommen unterzeichnet, um die Entwicklung in Sachen WASH voranzubringen. Am prominentesten ist die UN Agenda 2030 mit den SDGs. Es gibt aber auch afrikanische Übereinkommen. Minister der AU-Länder verabschiedeten 2008 in Südafrika die eThekweni Declaration und 2014 als Folgeabkommen im Senegal die Ngor Declaration. Malawi hat beide unterschrieben.

Laut eThekweni Declaration sollen AU-Mitglieder jährlich 0,5 Prozent des Bruttosozialprodukts für den Ausbau der Sanitärversorgung aufwenden. Viele Länder taten das nicht. Die Ngor Declaration forderte daraufhin, dass 2030 allen Afrikanern Sanitäreinrichtungen zur Verfügung stehen sollen. Bemerkenswerterweise hat sich die AU dieses Ziel gesetzt, noch bevor die SDGs beschlossen wurden.

Malawi investiert immer noch keine 0,5 Prozent des Bruttosozialprodukts in seine Wasserinfrastruktur. Fairerweise muss gesagt werden, dass das Land kürzlich eine verheerende Dürre erlebt hat. WaterAid kritisiert aber, dass das für Bewässerung und Wasserentwicklung zuständige Ministerium keinen Etatposten für Sanitäres und Hygiene hat. Solch einen Haushaltsposten hat nur das Gesundheitsministerium – für kurative, jedoch nicht für präventive Maßnahmen.

Auch im urbanen Raum muss viel passieren. Malawis größte Städte, Lilongwe und Blantyre, haben je knapp über eine Million Einwohner, und ihre Bevölkerung



wächst schnell. In Lilongwe sind nur 20 Prozent der Haushalte an Abwasserleitungen und Kläranlagen angeschlossen, in Blantyre sogar nur zehn Prozent. Die städtische Kanalisation entstand in den 1950er Jahren unter Kolonialherrschaft.

Bislang wird Abwasser aus Privathaushalten und Gewerbe in die Flüsse geleitet, aus denen sich Tausende von Großstädtern ihr Wasser holen. Weil das Kanalsystem völlig überlastet ist, ist zudem das Grundwasser kontaminiert – und somit die Brunnen, von denen viele abhängen. Deshalb sind durch Wasser übertragene Krankheiten so verbreitet. Ohne ordentliche Sanitäreinrichtungen ist sichere Versorgung mit Trinkwasser nun mal unmöglich.

In beiden Städten wurden im Januar 2017 neue Bürgermeister gewählt. Beide haben versprochen, den Ausbau der Sanitärversorgung voranzubringen. Wo sie die Mittel für diese gewaltigen Infrastrukturinvestitionen herbekommen, bleibt abzuwarten.



RAPHAEL MWENINGUWE
ist freier Journalist
in Malawi.
raphael.mweninguwe@
hotmail.com



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

D+C
Development + Cooperation

D+C
Development
and Cooperation
@development.and.cooperation

Home
Posts
Photos
About
Likes
Create a Page

EL PARAISO

Like Follow Share

Learn More Message

States Photo/Video

D+C D+C Development and Cooperation
13 hrs · ©

#ClimateChangeAdaption
The Drin River Basin in the Shkoder region in north-western #Albania is susceptible to severe flooding. The area has experienced inundations on a regular basis in the past. The region's changing climate will make these events more frequent and intense in the future.

Community
Invite your friends to like this Page
163,873 people like this
163,752 people follow this

About
Send message
www.dandc.eu
Magazine

Pages liked by this Page

- UWC Online - Univers... Like
- Cepal Like





Trinkwasser aus der Wüste

Anders als man denkt, sind die wichtigsten Reichtümer Libyens nicht die Ölquellen, sondern Wasser. Das weltweit größte Reservoir fossilen Süßwassers liegt unter dem Boden seiner Wüsten. Dieser Grundwasserleiter versorgt das Land mittels eines riesigen Pipelinesystems mit Trinkwasser und mit Wasser für die Landwirtschaft. Der „Great Man-Made River“ (Der große menschengeschaffene Fluss) ist das größte Bewässerungsprojekt der Welt.

Von Moutaz Ali

Libyens Great Man-Made River (GMMR) transportiert momentan fast 2,5 Million Ku-

mit Ausnahme eines grünen, fruchtbaren Streifens entlang der Mittelmeerküste ist Libyen eine riesige Wüste mit einigen verstreuten Oasen. Regen fällt nur auf fünf Prozent seiner Oberfläche. Es gibt keinen Fluss, der durchgängig das ganze Jahr Wasser führt. Wasserknappheit war immer ein großes Problem.

Die Lösung wurde in den 1950er-Jahren durch Zufall gefunden, als Ölfirmen in der libyschen Wüste nach Rohöl bohrten. „Sie entdeckten Becken, die einen riesigen Wasservorrat enthielten“, sagt Geologe Zakaria Al-Keep. „Das war fossiles Süßwasser, das Tausende von Jahren unterirdisch gespeichert war.“

becken – Sarir und Kufra im Südosten und Murzuq und Jabal Hasawanain im Südwesten. Die Idee des GMMR war geboren.

Am 28 August 1984 legte Staatschef Muammar Gaddafi – der Diktator, der 2011 gestürzt und getötet wurde –, den Grundstein in Sarir. Der Plan sah vor, 1350 Brunnen zu bohren, verteilt über die vier Becken.

Viele dieser Brunnen sind bereits in Gebrauch. Die meisten sind über 500 Meter tief und mit der Küste durch Betonzylinderrohren verbunden. Jede Röhre misst sieben Meter und vier Meter im Durchmesser. Insgesamt sind mehr als 4000 Kilometer Pipelines verlegt worden. Sie transportieren 6 Millionen Kubikmeter Wasser pro Tag. Zusätzliche 2000 Kilometer sind geplant.

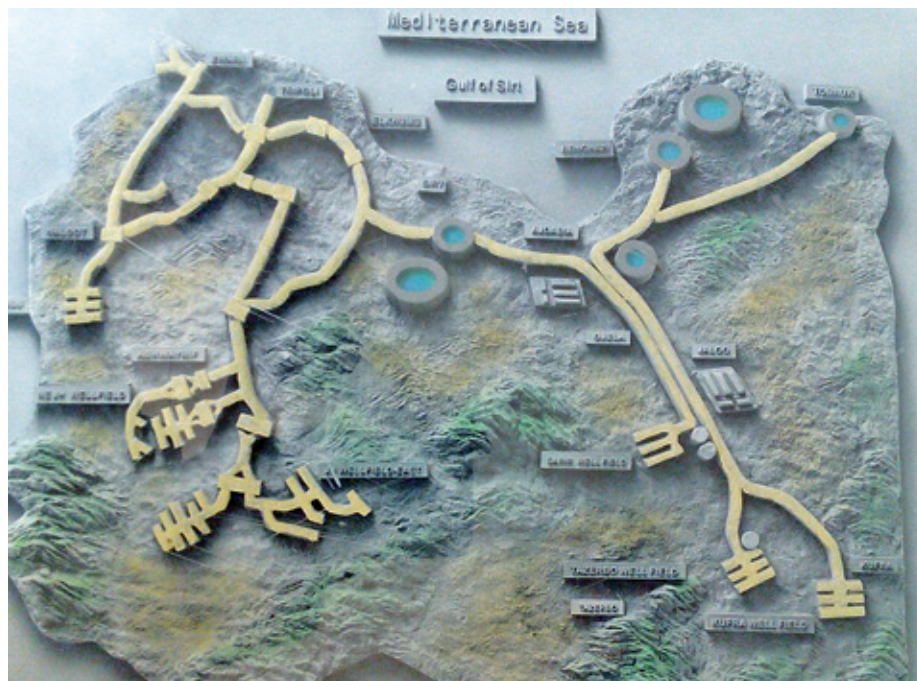
Der Great Man-Made River ist weltweit das größte Bewässerungsprojekt, das je durchgeführt wurde. 1999 verleiht die UNESCO Libyen einen Preis für bemerkenswerte wissenschaftliche Forschung bezüglich Wassernutzung in Wüstengebieten.

Die Infrastruktur gehört der GMMR Project Authority. Das Haupt-Bauunternehmen für die ersten Phasen in der Gaddafi-Ära war das Dong Ah-Konsortium. Augenblicklich ist Al Nahr die zentrale Baufirma. Beides sind lokale libysche Bauunternehmen. Koreanische und australische Firmen haben einige technischen Teile zugeliefert.

Bis jetzt hat Libyen es geschafft, den GMMR ohne finanzielle Hilfe anderer Länder oder Bankkredite zu bauen. Steuern auf Tabak und Benzin trugen dazu bei, das Geld zusammenzutragen, ebenso wie die Ölerträge. Die Gesamtkosten des GMMR betragen bisher mehr als 36 Milliarden US-Dollar. 2007 waren drei von fünf Projektphasen ausgeführt, die alle größeren Städte mit Wasser versorgen. Phase 4 ist weitgehend fertig, aber der Weiterbau wurde durch die Revolution 2011 und den nachfolgenden Bürgerkrieg unterbrochen.

DAS NUBISCHE SANDSTEIN-AQUIFER-SYSTEM

Fossiles Wasser ist in tiefen Schichten der Erde gespeichert. Ein Großteil davon stammt von geschmolzenem Gletscher-



Ein Modell des „Great Man-Made River“-Bewässerungsprojekts in Libyen.

bikmeter Wasser täglich. Es fließt durch ein unterirdisches Netzwerk von Pipelines vom Nubischen Sandstein-Aquifer-System in der Großen Sahara zu den urbanen Zentren an der Küste, einschließlich Tripolis und Bengasi. Die Distanz reicht über 1600 Kilometer. Der GMMR speist 70 Prozent allen Süßwassers, das in Libyen genutzt wird.

Die libyschen Forscher waren begeistert. Sie hatten vorher bereits Verschiedenes getestet, um Trinkwasser zu generieren, etwa die Entsalzung von Meerwasser oder den Import von Wasser aus Europa via Pipelines oder Schiffen. Nun eröffnete sich aber ein neuer Weg: Die Ausbeutung fossiler Wasserreserven aus vier unterirdischen Wüsten-



Wüstenstraße im westlichen Libyen.

wasser von vor Tausenden von Jahren. Das Nubische Sandstein-Aquifer-System (NSAS) ist das größte fossile Süßwasserreservoir der Welt – schätzungsweise 373 000 Milliarden Kubikmeter Wasser auf einer Fläche von etwa zwei Millionen Quadratkilometern.

Das NSAS liegt unter der Sahara in den Territorien der Länder Libyen, Tschad, Ägypten und Sudan. 2013 einigten sich die Regierungen dieser vier Länder auf einen Rahmen für ein gemeinsames Management der Wasserressourcen, um den Wassernachschub für einen langen Zeitraum zu gewährleisten.

Achtsames Management ist notwendig, da das fossile Wasserreservoir nicht auf natürlichem Wege wieder aufgefüllt und deswegen irgendwann leer sein wird. Das wirft die Frage auf, wie lange diese Ressourcen reichen werden. GMMR-Beamte sagen, dass es bisher keinen klaren wissenschaftlichen Beweis für die Herkunft des Wassers gebe.

„In Kooperation mit verschiedenen internationalen Institutionen messen wir jährlich den Wasserstand im unterirdischen Becken“, sagt Mahmud Abu Aisha vom GMMR. „Wir stellten fest, dass das unterirdische Wasser in manchen Jahren um einen Zentimeter sinkt, was zu vernachlässigen ist.“ Überraschenderweise steigt der Pegel in manchen Jahren. Seine Schlussfolgerung ist, dass es „größere Zuflüsse in unsere Untergrund-Becken geben könne“.

GMMR-Vertreter gehen davon aus, dass Libyens unterirdisches Wasser 650 Jahre reichen wird. Andere Experten meinen, das Aquifer wird in 250 Jahren erschöpft sein. Das Standardalter der Pipelines liegt jedenfalls bei 50 Jahren; sie müssen zweimal im Jahrhundert ausgewechselt werden.

Dank der enormen Wassermassen, die durch den GMMR fließen, ist nun Landwirtschaft in der Wüste möglich. Die Regierung investierte in sieben große Landwirtschaftsprojekte. Eines davon liegt südlich der Hauptstadt Tripolis. Dieses Projekt in der Jafara-Ebene ist 3300 Hektar groß, unterteilt in 665 Farmen. Diese Farmen bauen verschiedene Zitrusfrüchte an, Weizen, Gerste und Gemüse. Es gab auch Pläne, Millionen von Palmen weiter im Süden anzupflanzen, aber die Kämpfe in der letzten Zeit haben die Weiterentwicklung unterbrochen.

Nach libyschem Gesetz sollen die Auswirkungen auf die Umwelt überprüft werden, bevor ein größeres Projekt angeschoben wird. Im Fall des GMMR fand dies nicht statt, sagt Khalifa Elaweij, ein Berater der Umweltbehörde. Die politische Entscheidung, mit dem Bau loszulegen, beruhte auf „akutem Wassermangel“. Zu diesem Zeitpunkt kostete fossiles Wasser nur ein Zehntel von entsalztem Wasser. Bis heute sind die Auswirkungen auf die Umwelt nicht untersucht worden.

Laut Elaweij ist es unmöglich, diese Auswirkungen zu kennen, weil die entsprechenden Daten nicht vorhanden sind; dafür seien mehrere Studien notwendig. Einige Folgen seien jedoch offensichtlich, sagt er. Positive Auswirkungen sind etwa:

- Der GMMR trug dazu bei, die grünen Zonen im Norden und Westen des Landes zu vergrößern, so dass weitergehende Desertifikation eingedämmt wird.
- Durch die grünen Zonen wird das Wetter gemäßiger.
- Traditionelle Wasserquellen im Norden werden geschont, da die Menschen nun Zugang zum Wasser des GMMR haben.

- Die landwirtschaftliche Produktion ist erhöht.

Es gibt jedoch auch Nachteile, meint Elaweij:

- Die Umwelt in der Wüste, wo das fossile Wasser entnommen wird, kann geschädigt werden.
- Das Pipeline-Netzwerk selber kann die Umwelt zerstören.
- Ein Teil des Wassers wird in offenen Becken aufbewahrt und seine Verdunstung führt zu Versalzung. Der Salzgehalt des GMMR-Wassers ist entsprechend internationalen Standards recht hoch, allerdings nicht so schlecht wie bei den traditionellen Brunnen im Norden, die durch einströmendes Meereswasser versalzen werden.
- Da das meiste – vielleicht sogar das gesamte – fossile Wasser nicht erneuerbar ist, werden begrenzte Ressourcen aufgebraucht.

ZERSTÖRUNG UND SABOTAGE

Im Bürgerkrieg hat der GMMR ernsthafte Schäden erlitten. Während der Revolution im Jahr 2011 bombardierten NATO-Flugzeuge die Pipelines in Brega. Sie zielten auch auf eine Röhrenfabrik, möglicherweise, um Gaddafis Truppen vom Wassernachschub abzuschneiden. In jüngerer Zeit gab es Sabotage-Akte im Süden. Im März 2017 warnte die GMMR-Administration, dass wiederholte Attacken auf die Brunnen in Jabal Hasawna dazu führen könnten, dass es in Tripolis und anderen nordwestlichen Städten kein Wasser mehr gäbe.

Libyer sind stolz auf den GMMR. Und sie wissen, dass sie auf ihn angewiesen sind. Städte hatten früher nur sehr begrenzten Zugang zu Trinkwasser. „Ich erinnere mich an die Jahre, als mein Vater oft zwei Stunden zu seinen Freunden in die nächste Oase fuhr, um einige Kanister Trinkwasser mitzubringen“, erzählt Maia Ben Shaban, die in Tripolis lebt. Sie erinnert sich gern an den besonderen Tag, als der GMMR im Jahr 1996 an die Stadt angeschlossen wurde, was den Lebensstandard der Bewohner erheblich verbesserte.



MOUTAZ ALI
ist Journalist und
lebt in Tripolis, Libyen.

ali.moutaz77@gmail.com

Langfristiger Strukturaufbau

Der Südsudan ist durch vier Jahrzehnte Krieg geprägt und befindet sich seit vier Jahren erneut im Bürgerkrieg. Diese verheerende Situation spiegelt sich auch in der gesamten Infrastruktur des Landes wider, etwa in der Wasser- und Sanitärversorgung. Die GIZ unterstützt das Land im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dabei, die Versorgung mit Trinkwasser nachhaltig zu verbessern.

Von Anke Peine und Christian Grünhagen

Mit dem Friedensabkommen von 2005 und der Unabhängigkeit im Jahr 2011 konnte damit begonnen werden, im Südsudan funktionierende staatliche Strukturen zur Grundversorgung der Bevölkerung zu planen und aufzubauen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Land hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und noch weniger haben Zugang zu angemessener Sanitärversorgung. Der jüngste Konflikt verschärfte die Situation für die Bevölkerung zusätzlich.

Die Wasserinfrastruktur im Südsudan ist unterentwickelt, in erster Linie wegen des jahrzehntelangen Bürgerkriegs und man-

gelnder Investitionen. Zudem fehlen im Wasser- und Sanitärsektor die institutionellen Rahmenbedingungen, es herrscht ein großer Mangel an qualifiziertem Personal und Know-how auf allen Ebenen, von den Wasserbetrieben bis hin zu den verantwortlichen Verwaltungen und Ministerien.

In einer ersten Phase hat die GIZ daher im Auftrag der Bundesregierung auf nationaler Ebene wichtige Reformansätze unterstützt. Für den Wassersektor wurde eine Strategie erarbeitet, allen voran der Entwurf eines Wassergesetzes, in dem die institutionellen Zuständigkeiten für die Wasser- und Sanitärversorgung festgelegt wurden. Im Kommunalgesetz wurde verankert, dass die Bereitstellung von Basisdienstleistungen Aufgabe der lokalen Verwaltungen ist. Auf lokaler Ebene wurden parallel dazu erste Betreibermodelle pilotiert.

Neben dem Aufbau der lokalen Institutionen und Kapazitäten und der Bereitstellung der finanziellen Mittel mussten sich die beteiligten Akteure in ihre neuen Rollen finden. Dies galt für die lokalen Verwaltungs- und Regierungsstrukturen genauso wie für die Bürger und die unterstützenden Organisationen. Als erste Schritte in Richtung funktionierende Dienstleistung mussten die Betreibermodelle dafür geschaffen, alle relevanten Akteure auf lokaler Ebene in die Verantwortung gebracht und deren Zusammenwirken eingeübt werden.

KAPAZITÄTSAUFBAU IM KLEINEN

Daher wurden in Vorbereitung auf größere Investitionen zuerst kleine, kommunale Wasserversorgungsunternehmen, die privatwirtschaftlich arbeiten, in den Städten Yei (2012), Yambio (2013) und Torit (2015) konzipiert und etabliert. Da auf keine oder keine funktionierende Infrastruktur zurückgegriffen werden konnte, errichtete die GIZ ein kleines Wassersystem mit Wasserkiosken, Wassertankerfüllstationen und mobilen Wassertankern, anhand dessen die Betreiber ihre technischen, administrativen und finanziellen Kapazitäten aufbauen konnten. In Yei installierte die GIZ sogar ein komplettes kleines Infrastruktursystem neu. Dazu gehörten zwei Tiefbrunnen,

deren Wasser in einen Wassertank gepumpt und dann chloriert wird. Das Verteilungsnetz umfasste eine Wassertankerfüllstation und neun neugebaute Wasserkioske, die durch Gravitation über Wasserleitungen versorgt werden. Zusätzlich wurden während der ersten Krise mobile Wassertanker beschafft, um besonders schwache Bevölkerungsgruppen zu erreichen. In Torit dagegen wurde ein bestehendes, nicht funktionierendes Wassersystem in Betrieb gebracht und dann von der KfW Entwicklungsbank rehabilitiert.

Um die lokalen Kapazitäten zu fördern, setzt das Betreibermodell auf lokales Personal, das bei Bedarf externe Unterstützung zur Erfüllung der Aufgaben bekommt. Größere Investitionen in die Basisinfrastruktur in den Partnerstädten durch die KfW waren unter anderem an die rechtliche Etablierung und Ausstattung dieser Unternehmen mit dem notwendigen Personal sowie an das Vorliegen grundlegender Stadtplanungsdokumente und Leistungsdaten gekoppelt. Wichtig war außerdem, kostendeckende Tarife einzuführen, die trotzdem eine armutsorientierte Versorgung sicherstellen.

Die Kommunalverwaltung setzte als Eigentümer der Versorgungsunternehmen ein Aufsichtsgremium ein, das die Leistung überwachte und die strategische Entwicklung vorgab. In dieses Gremium wurden lokale staatliche und nichtstaatliche Akteure integriert. Die Erfolge in der Wasserversorgung dienten auch der Legitimation der beteiligten lokalen Akteure und Institutionen. Dies verbesserte zugleich das Verhältnis und das Rollenverständnis zwischen den Bürgern und ihren lokalen Verwaltungen.

Auch in der aktuellen Krise kann in Torit und Yambio nun jeden Tag sicheres Trinkwasser für jeweils mindestens 5000 Menschen über Kioske und Wassertanker sowie mobile Wassertanker zur Verfügung gestellt werden.

ERFAHRUNGEN – ERFOLGE – LERNFELDER

Der Ansatz auf lokaler Ebene war wichtig, um zwei Ziele zu erreichen: Zum einen wurde die Versorgung der Bevölkerung schnell verbessert, zum anderen wurde ein wichtiger Beitrag zum Staats- und Institutionenaufbau geleistet, indem lokale Akteure Verantwortung entsprechend ihres Mandats übernahmen. Die Verantwortung für die Wasser- und Sanitärversorgung auf der dezentralen Ebene



Da es vielerorts keine Wasserleitungen im Südsudan gibt, muss das Trinkwasser teilweise mit Tankwagen zu den Kunden gebracht werden.

ne zu verankern und mit lokalen Akteuren zu arbeiten, war ein wichtiger Faktor für das Engagement, die Selbstverpflichtung und die Resilienz der beteiligten Akteure. Besonders deutlich wurde dies während der ersten Krise im Dezember 2013. Die lokalen Strukturen waren in der Lage, die kleinen Systeme aufrechtzuerhalten, auch ohne Präsenz internationaler Akteure vor Ort. Daran konnte 2014 nahtlos angeknüpft werden.

Die Arbeit auf den verschiedenen staatlichen Ebenen schaffte großes Potenzial für eine schnelle Ausweitung der Programmaktivitäten, sie schaffte aber auch eine notwendige und effektive Unterstützung bei der Lösung von Konflikten auf lokaler Ebene. Die Rückmeldung zu den praktischen Erfahrungen von lokaler Ebene ist außerdem notwendig, um langfristig erfolgreiche Modelle zur Basisversorgung auch in anderen Bereichen national zu etablieren. So konnten Governance-Modelle der Aufsichtsräte der Wasserunternehmen 2016 auf den kommunalen Betrieb von Schlachthäusern in Public-private-Partnerships in Wau, Aweil, Kuajok und Rumbek übertragen werden.

Zudem hat sich gezeigt: Wo lokale Versorgungsstrukturen bestehen, ist es wichtig, diese auch in Krisenzeiten zu nutzen und zu unterstützen. Dadurch wird zum einen vermieden, dass Konflikte, etwa im Wettbewerb von Tarifen, entstehen. Zum anderen kann damit auch in Krisenzeiten ein wichtiger Bei-

trag zur Etablierung nachhaltiger Systeme geleistet werden. Ein bestehendes System kann für die Notversorgung aufgestockt oder angepasst werden. So wurden zum Beispiel für bestehende kommunale Wasserversorgungsunternehmen zur Notversorgung mobile Wassertanker angeschafft, die flexibel dort eingesetzt werden können, wo die Bevölkerung von der Versorgung abgeschnitten ist oder größere Menschenmassen, wie etwa in informellen Siedlungen intern Vertriebener, zu versorgen sind. Eine kurzfristig notwendige Notversorgung der Bevölkerung sollte daher immer die bestehenden Systeme nutzen beziehungsweise auf diesen aufbauen.

Die wirtschaftliche Krise im Südsudan mit hoher Inflation und dem Währungsverfall seit 2015 führte zu einer Kostenexplosion für grundlegende Betriebsmittel der Wasserversorger, vor allem für Diesel. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser zu erschwinglichen Preisen wird in dieser schweren wirtschaftlichen Krise vor allem durch die internationale Gemeinschaft ermöglicht, die die Wasserversorgungsunternehmen finanziell unterstützt, um deren Dienstleistungen sicherzustellen. Auch die GIZ unterstützt den Betrieb der Anlagen in Yeï, Yambio und Torit in der aktuellen Krise weiter, etwa über finanzielle Zuwendungen und Dieselbeschaffung, um die dringend notwendige Wasserversorgung aufrechtzuerhalten. Dies ist auch wichtig, um bei einer

Verbesserung der Sicherheitssituation direkt an die bestehenden lokalen Strukturen anknüpfen zu können und diese weiterzuentwickeln, wie es auch 2014 in Yeï möglich war. Nachhaltige, strukturbildende Maßnahmen bedürfen eines gewissen Maßes an Stabilität, etwa im Bereich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder der persönlichen Sicherheit der beteiligten Akteure. Nachhaltige Entwicklung – insbesondere in fragilen Staaten wie dem Südsudan – braucht Ausdauer und Beharrlichkeit und das Zusammenwirken aller – der Regierung, der Wirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit –, um die Lebensbedingungen im Land langfristig zu verbessern.



ANKE PEINE
ist Leiterin des GIZ-Programms „Entwicklung des städtischen Wasser- und Sanitärsektors im Südsudan“.
anke.peine@giz.de



CHRISTIAN GRÜNHAGEN
ist Leiter des GIZ-Programms „Stärkung von Kompetenz und Resilienz lokaler Regierungen im Südsudan“.
christian.gruenhagen@giz.de

Der Artikel stellt die persönliche Meinung und Erfahrung der Autorin und des Autors dar.

Bürgerkriegsland Südsudan

Seit dem Friedensabkommen (Comprehensive Peace Agreement – CPA) 2005 mit dem Sudan und der späteren Unabhängigkeit 2011 gab es nur wenige Jahre ohne größere Unruhen im Südsudan. Mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs 2013 und der stetig wachsenden wirtschaftlichen Krise kommen eine Flüchtlingskatastrophe und nun auch eine Hungerkatastrophe hinzu.

Es gibt kaum eine funktionierende Infrastruktur und Dienstleistungen, sei es im Bereich Straßen, Elektrizität oder Wasser und Sanitär. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung hat Zugang zu sicherem Trinkwasser, und weniger als jeder Fünfte hat Zugang zu einer angemessenen Sanitärversorgung.

In den letzten Jahrzehnten haben externe

humanitäre Akteure, insbesondere internationale Nichtregierungsorganisationen und die UN-Agenturen, eine grundlegende Versorgung im Bereich Bildung, Wasser und Gesundheit für einen Teil der Bevölkerung als Nothilfe bereitgestellt. Die Unterstützung der Akteure war klar auf die kurzfristige und notlindernde Versorgung der Bevölkerung ausgerichtet.

Um eine Basisversorgung im Wasser- und Sanitär-

sektor sicherzustellen, gibt es laut der nationalen Investitionsplanung (Unicef, Rural WASH Investment Plan 2013; GIZ Urban WASH Investment Plan 2013) eine Investitionslücke von über 1,6 Milliarden Dollar. Die fehlende Infrastruktur und der Mangel an Institutionen und Kapazitäten auf allen Ebenen stellen zusätzliche Herausforderungen für die dringend notwendige Verbesserung der Wasserversorgung im Land dar.

Weltweite Gefahr

80 bis 90 Prozent aller Antibiotika weltweit werden in Indien und China produziert. Ein Zentrum der Pharmaproduktion ist das indische Hyderabad. Dort untersuchten deutsche Wissenschaftler und Journalisten Industrieabwässer und fanden darin multiresistente Erreger. Diese gelangen durch Handel, Tourismus oder sogar Zugvögel in andere Länder weltweit. In Europa sterben Studien zufolge rund 90 000 Menschen jährlich an Infektionen, die durch multiresistente Keime ausgelöst werden. Sie kommen vor allem in Krankenhäusern vor. Der Infektionsmediziner Christoph Lübbert vom Universitätsklinikum Leipzig warnt vor einer globalen Gefahr. Er war selbst bei den Recherchen in Hyderabad dabei.

Christoph Lübbert im Interview mit Sabine Balk

Warum hat das Problem der multiresistenten Erreger (MRE) in den vergangenen Jahren so zugenommen?

Bakterien haben sich seit jeher gegen natürlich vorkommende Antibiotika, die z. B. von Pilzen produziert werden, wehren müssen. Dann wurden aus der Natur gewonnene und auch künstliche Antibiotika entwickelt. Sie werden seit Jahren übermäßig eingesetzt, in der Medizin am Menschen zum Beispiel, aber auch in der Tiermast. Wenn Bakterien Antibiotika massiv ausgesetzt sind, bilden sich Resistenzen heraus. Das kann in Krankenhäusern, in Laboren und auch in der Pharmaproduktion geschehen. Es passiert in der Praxis vor allem dann, wenn ein Antibiotikum zu ungezielt und zu oft verschrieben wird. Besonders gefährlich wird es, wenn Antibiotika in die Umwelt gelangen und dort auf ohnehin schon resistente Erreger treffen. Dann wirken sie dort wie ein Inkubator und heizen die Bildung von Multiresistenzen an.

Gegen diese Erreger gibt es wirklich kein Gegenmittel?

Heute gibt es meist noch zwei bis drei Antibiotika, die gegen extrem multiresistente Erreger wirken. Aber das ist nicht viel, wir stehen allmählich mit dem Rücken zur

Wand. Wenn die Entwicklung so weitergeht, haben wir irgendwann kein wirkungsvolles Antibiotikum mehr gegen bestimmte „Keime“. Das macht Angst.

Warum ist das Problem in Entwicklungs- und Schwellenländern wie Indien noch ernster als bei uns?

Es gibt einen massiven Verbrauch an Antibiotika. Sie werden ohne Verschreibungspflicht ausgegeben und sind verhältnismäßig billig. Ein Problem ist vielfach natürlich auch fehlende Hygiene. Laut einer Studie sterben in Indien jährlich etwa 60 000 Neugeborene an Infektionen durch MRE. Außerdem wird in Indien nicht getestet, welche krankmachenden Bakterien Patienten im Körper haben und welche Antibiotika dafür eingesetzt werden müssen. Häufig

se standardmäßig auf 24 Substanzen, aber das ist so nicht überall Standard. Die Sensibilität für das Problem hat sich auch in Deutschland erst in den vergangenen Jahren entwickelt. Wir lernen jeden Tag über die Globalisierung von Erregern und Resistenzmechanismen hinzu. In Indien ist das Bewusstsein für die Situation im Gesundheitswesen wie auch in der Umwelt noch unzureichend entwickelt.

Wie sind Sie darauf gekommen, dort nach multiresistenten Erregern zu suchen?

Wir screenen in Leipzig schon länger alle Patienten, die in ausländischen Krankenhäusern oder als Touristen im Ausland waren, bei der Krankenhausaufnahme auf MRE. Das Vorkommen von bestimmten MRE bei Indienreisenden war auffällig



Indische Pharmakonzerne wie Dr. Reddy's Laboratories produzieren in Hyderabad Antibiotika für den globalen Markt.

ist die Technologie dafür gar nicht vorhanden. In vielen Ländern ohne ausreichende mikrobiologische Diagnostik werden verschiedene Antibiotika einfach nach dem Prinzip „Trial and Error“ eingesetzt. An der Uniklinik Leipzig testen wir beispielsweise

hoch. Wir wollten wissen, warum. Da kam der NDR mit ins Spiel, der sich auch für das Thema interessiert hat und einen Film darüber machen wollte. Also sind wir gemeinsam nach Hyderabad gefahren. Dort zeigten unsere Wasserproben, dass sehr

problematische Erreger in großer Zahl in der freien Umwelt vorkommen, und dass in der direkten Umgebung von Produktionsstätten der Pharmaindustrie sehr hohe Konzentrationen von Antibiotika und auch Antimykotika vorhanden sind. Das ist besorgniserregend. Die Quelle der MRE sind aller Wahrscheinlichkeit nach vor allem die Ausscheidungen von Menschen und Tieren, zusätzlich wird das Resistenzproblem über die Abwässer der Pharmaindustrie weiter „angeheizt“. Wir haben darüber nicht nur einen Film gemacht, sondern die Ergebnisse mit einer systematischen, wissenschaftlichen Studie belegt (siehe Lübbert et al., 2017).

Wie sieht es in Afrika aus?

Dort gibt es ähnliche Probleme wie in Indien. Aber es gibt noch gar keine Erfassung. Wenn Sie da genau hingucken, finden Sie wahrscheinlich noch mehr Resistenzprobleme als bisher bekannt. Es gibt in Afrika aber keine nennenswerte Pharmaproduktion, aus der Antibiotika in die Umwelt gelangen könnten. Afrika hat aber ein anderes Problem: Die Qualität der Medikamente, die zu uns nach Europa kommen, wird wenigstens geprüft, wenn auch nicht die genauen Umstände ihrer Herstellungsmethode. Aber die Medikamente, die aus Indien und China nach Afrika geliefert werden, sind oftmals von geringerer Qualität. Afrika bekommt das Zeug, das nicht weltmarktfähig ist.

China ist ebenso ein riesiger Pharmaproduzent. Wie sind die Bedingungen dort?

In China gibt es einen großen Unterschied. Ich glaube, die Infrastruktur der Industrie ist besser als in Indien. In China sind die Unternehmen an die reguläre Wasserversorgung angeschlossen. In Indien lassen sie den ganzen Tag lang Wasser in Tankwagen anliefern. Meist gibt es keine systematische Abwasserentsorgung. Vieles erinnert an die Frühzeiten der industriellen Revolution in Europa. Über China wissen wir aber auch nicht so viel. Dort verhindert das autokratische System unabhängige Recherchen. In Indien können sich Journalisten und Wissenschaftler frei bewegen, also kann man Probleme besser ausleuchten. Beide Länder hängen zusammen. Die Grundstoffe für die Antibiotika kommen meist aus China und werden in Indien weiterverarbeitet. Dann wird es von den westlichen Pharma-

konzernen einfach umgelabelt und kommt mit gigantischen Gewinnspannen auf den Markt. Das bleibt alles sehr intransparent, was dem Interesse der Industrie entspricht.

Was sagen denn die indischen Pharmakonzerne zu den Vorwürfen?

Sie weichen der Diskussion aus. Im Moment stehen womöglich noch die Renditeziele im Vordergrund. Sie machen es sich einfach, bagatellisieren und leugnen alles. Die Pharmafirmen haben eine Gegenstudie vorgelegt, der zufolge die Belastung mit MRE um Industrieanlagen nicht höher ist als anderswo im Land. Aber die Beweisführung der Studie steht auf methodisch ganz schwachen Füßen. Stolz darauf, dass Indien diesen Industriezweig so ausgebaut hat und nun die ganze Welt dort Tabletten kauft, spielt bestimmt auch eine Rolle. Das ist wie bei uns vor 30 Jahren – und die Dieselprobleme der deutschen Autoindustrie zeigen, dass sich Umweltbewusstsein auch bei uns noch nicht überall dort durchgesetzt, wo es nötig wäre. Und dass es an effektiven Kontrollen nicht nur in Indien mangelt.

Was sollte jetzt geschehen, um das Problem MRE einzudämmen?

Wenn wir jetzt mit dem Zeigefinger kämen und den Indern Bedingungen diktieren, wie sie künftig Arzneimittel produzieren sollen, löst das sicher einen Abwehrreflex aus. So geht es sicher nicht. Wir müssen aber in der internationalen Diskussion einige Dinge klar machen:

- Erstens: Wir haben ein Problem, und es ist größer als angenommen.
- Zweitens: Bei der Produktion von Antibiotika dürfen diese Substanzen unter keinen Umständen in die Umwelt gelangen, das heißt, es muss rückstandsfrei produziert werden. Das ist eigentlich auch so festgelegt, es funktioniert aber nicht.
- Drittens: Jedes Land muss Verantwortung übernehmen, denn es geht um die Gesundheit seiner Bevölkerung und der Weltbevölkerung.

In den schlimmsten Fällen müssen Regierungen Fabriken schließen oder sie zur Modernisierung zwingen.

Und die westlichen Pharmakonzerne?

Die stehen natürlich auch in der Pflicht. Sie müssten die Herkunftswege ihrer Medikamente transparent machen. Es muss

auf der Verpackung klar erkennbar sein, wo welche Inhaltsstoffe wie verarbeitet wurden. Das können mir derzeit weder die Vertriebsmitarbeiter noch das höhere Management sagen, wenn ich sie frage. Die Produktionsstandorte ändern sich auch ständig, da entscheiden dann drei Cent pro Tablette weniger über einen Wechsel zu einem anderen Hersteller. Mit einer Kennzeichnungspflicht würde man die Intransparenz aufbrechen und könnte auch erkennen, wo welche Profite draufgeschlagen werden. Das ist ähnlich wie in der Textilbranche.

Wie sollte es politisch weitergehen?

Es wäre schade, wenn unsere Initiative nur ein Strohfeuer bliebe. Ich hoffe, es entwickelt sich nun ein Bewusstsein in der Öffentlichkeit, in Wirtschaft und Politik über die globale Gefahr der MRE. Ich denke, es gibt die Chance, dass es bei dem anstehenden G20-Treffen ein Thema sein wird. Das wäre genau das richtige Forum, um das Thema anzupacken. Da sitzen auch Indien und China mit am Tisch. Das wäre enorm wichtig. Außerdem stößt unsere Studie in der wissenschaftlichen Community auf breites Interesse. Das weckt auch Hoffnungen. Wir müssen Forschung und Evidenz vorantreiben und verbessern.



CHRISTOPH LÜBBERT
ist Leiter des Fachbereichs
Infektions- und Tropen-
medizin am Universitäts-
klinikum Leipzig.
*christoph.luebbert@
medizin.uni-leipzig.de*

LINKS

ARD-Dokumentation über multiresistente Keime in Verbindung mit indischen Pharmafirmen:

<http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/der-unsichtbare-feind-video-102.html>

Lübbert, C., et al., 2017: Environmental pollution with antimicrobial agents from bulk drug manufacturing industries in Hyderabad, South India, is associated with dissemination of extended-spectrum beta-lactamase and carbapenemase-producing pathogens.

<http://link.springer.com/article/10.1007/s2Fs15010-017-1007-2>



Foto: Böhmig/Photographie